

Bachelor-Thesis

# **Die Selbstpositionierung von Baugemeinschaften im Gentrifizierungsdiskurs**

---

HafenCity Universität Hamburg

Studiengang: Kultur der Metropole

Erstprüferin: Prof. Dr. Monika Grubbauer

Zweitprüferin: Eva Kuschinski

Abgabedatum: 26.07.2016

Verfasst von: Mathias Häuser

Matrikelnummer: 6015364

mathias-haeuser@gmx.de

# Inhalt

1) Einleitung .....	3
2) Von der Krise zur Renaissance der Stadt .....	4
2.1) Suburbanisierung .....	5
2.2) Reurbanisierung .....	6
3) Gentrifizierung.....	8
3.1) Nachfrageorientierter Erklärungsansatz .....	8
3.2) Angebotsorientierter Erklärungsansatz.....	9
3.3) Stadtpolitischer Erklärungsansatz.....	10
4) Das Recht auf Stadt .....	12
5) Baugemeinschaften.....	14
5.1) Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen .....	15
5.2) Baugemeinschaften als städtebauliches Entwicklungsinstrument.....	16
5.3) Kritik an Baugemeinschaften .....	18
5.3.1) Stadtteilinitiative Karla Pappel.....	20
6.) Methodisches Vorgehen.....	22
6.1) Ethnografieren im Internet.....	22
6.2) Leitfadengestütztes Interview.....	23
7) Selbstpositionierung der Baugemeinschaften im Gentrifizierungsdiskurs.....	23
7.1) Baugemeinschaft „Wohnen am Hochdamm“ .....	24
7.2) Baugemeinschaft „R50“ .....	25
7.3) Baugemeinschaft „Schipperort“ .....	26
8) Diskussion .....	30
9) Fazit .....	34
Literaturverzeichnis.....	36
Onlinequellen.....	39
Anhang .....	41

## 1) Einleitung

Das Konzept der Baugemeinschaft<sup>1</sup> hat in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit erfahren. Von Politik und Stadtplanung wird es als ein Instrument sozialer Stadtentwicklung präsentiert, welches in den Quartieren zu wünschenswerten Effekten auf sozialer, kultureller und ökonomischer Ebene führe. Kritiker\_innen begegnen dem positiv geführtem Diskurs jedoch mit dem Vorwurf, Baugemeinschaften würden eher sozialräumliche Polarisierungen verursachen und Gentrifizierungsprozesse befördern (vgl. Holm 2010). Ausgehend von der Beobachtung, dass sich Baugemeinschaften häufig dieser Kritik stellen und einen Standpunkt zum Thema Gentrifizierung kommunizieren, fragt die vorliegende Arbeit danach, wie sich die Mitglieder von Baugemeinschaften als neue Akteur\_innen im Gentrifizierungsdiskurs positionieren. Für die kritische Stadtforschung ist dies relevant, weil Gentrifizierung, aufgrund der konfliktreichen sozialen Auswirkungen, ein umkämpfter Begriff ist und diskursiven Prozessen das Potenzial zugesprochen wird, soziale Wirklichkeiten zu konstruieren (vgl. Glasze/ Matissek 2009: 12).

Zu Beginn der Arbeit sollen mit der Suburbanisierung und der Reurbanisierung zunächst die zwei großen Trends der Stadtentwicklung des letzten Jahrhunderts beschrieben werden. Ziel des Kapitels ist, den gesellschaftlichen Strukturwandel nachzuzeichnen, welcher zu einer vermehrten Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum, sowie anderen Formen des Wohnens geführt hat. In Kapitel 3 wird anschließend der Begriff Gentrifizierung theoretisch erklärt. Die unterschiedlichen Ansätze zur Erklärung von Gentrifizierungsprozessen sollen veranschaulichen, dass die Aufwertung von Stadtteilen, und in der Folge die Verdrängung von Teilen der Bevölkerung, diverse Gründe haben kann. Für stadtpolitische Initiativen, die sich gegen Gentrifizierung wehren, bieten die Forderungen Henri Lefebvres (2016) nach einem Recht auf Stadt viele Anknüpfungspunkte. Lefebvres Überlegungen zu einer gerechteren Stadt eröffnen Perspektiven auf einen grundlegend anderen Urbanismus. In Kapitel 4 werden daher die wesentlichen Thesen zum Recht auf Stadt erläutert.

Im folgenden Kapitel wird das Konzept der Baugemeinschaft erklärt. Weiterführend

---

1) Eine Baugemeinschaft ist ein Zusammenschluss von Menschen (Einzelpersonen, oder auch Familien), die gemeinsam Wohneigentum planen und bauen. Die Planung und der Bau erfolgen dabei meist mit Unterstützung von professionellen Architekt\_innen und Bauträgern. Für diese Form des Bauens werden auch Begriffe wie Baugruppe, Wohnbaugruppe oder Bauherrengemeinschaft benutzt (vgl. Müller: 19). In der vorliegenden Arbeit beschränke ich mich auf den Begriff Baugemeinschaft.

wird darin beschrieben, warum die Stadtpolitik Baugemeinschaften als ein Entwicklungsinstrument für Quartiere fördert. Abschließend wird in dem Kapitel die Kritik an Baugemeinschaften beschrieben. Nachdem im nächsten Abschnitt das methodische Vorgehen dargelegt wird, folgt in Kapitel 7 ein empirischer Teil der Arbeit, in welchem Selbstpositionierungen von Baugemeinschaften anhand von drei Fallbeispielen untersucht und aufgezeigt werden.

In der anschließenden Diskussion werden die Standpunkte der Baugemeinschaften in Bezug zu vorherrschenden Diskursen aus den Gentrifizierungsdebatten gesetzt. Es soll aufgezeigt werden, was für ein Verständnis von Gentrifizierung die Baugemeinschaften haben, wie sie ihr Handeln rechtfertigen und wie sie dadurch den Gentrifizierungsdiskurs beeinflussen. Außerdem sollen in diesem Abschnitt die Erkenntnisse der Arbeit anhand Lefebvres Thesen kritisch diskutiert werden. Abschließend werden die Ergebnisse der Arbeit im Fazit zusammengefasst und beurteilt.

## **2) Von der Krise zur Renaissance der Stadt**

Die Art und Weise zu wohnen ist immer Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und muss in einem historischen Kontext gesetzt werden (vgl. Häußermann/ Siebel 2000: 11f). Als es zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Industrialisierung und einem starken Wachstum der Bevölkerung zur Landflucht kam, änderte sich die Struktur der europäischen Stadt enorm. Die Neuankommenden in den rasant wachsenden Städten ließen sich zunächst in den Stadtzentren nieder, wo sie Arbeit und günstigen Wohnraum fanden. Parallel zum sozialen Aufstieg erfolgte dann die Abwanderung aus den unwirtlichen Zentren zu den Rändern der Stadt. In den Innenstädten wurde indessen wieder Platz frei für neue Stadtbewohner\_innen. Wächst eine Stadt nach diesem Modell immer weiter, kommt es irgendwann zu dem Punkt, an dem sich Teile der Bevölkerung im Umland der Stadt, außerhalb ihrer administrativen Grenzen, niederlassen. Dies hat zur Folge, dass umliegende Gemeinden zu Vorstädten anwachsen. Bei diesem Prozess spricht man von Suburbanisierung (vgl. Siebel 2016: 154). Im Folgenden werden zunächst die Ursachen für die Suburbanisierung deutscher Städte im 20. Jahrhundert erläutert. Anschliessend werden die ökonomischen und sozialen Faktoren erläutert, die ab den neunziger Jahren zu einer Reurbanisierung deutscher Großstädte geführt haben.

## 2.1) Suburbanisierung

Im 20. Jahrhundert lässt sich die Suburbanisierung deutscher Städte in drei Entwicklungsstufen unterteilen. Nach dem ersten Weltkrieg wanderten mit der Bevölkerung auch industrielle Arbeitsplätze in die Peripherie. Dieser Prozess dauerte bis zu den siebziger Jahren an und wird als industrielle Suburbanisierung bezeichnet. Die anschließende tertiäre Suburbanisierung, also die Randwanderung einfacher Dienstleistungsgewerbe (Tertiärsektor) wie Büroarbeitsplätze und Einkaufszentren, dauerte bis in die neunziger Jahre an. In der letzten Stufe siedelten sich weitere Dienstleistungsgewerbe von höherem Wert, sowie Einrichtungen zur Freizeitgestaltung im Umland an (vgl. ebd.: 155).

Die Suburbanisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts war maßgeblich durch die gesellschaftliche Logik des Fordismus geprägt. Der Fordismus war eine Form der industriellen Warenproduktion, benannt nach dem Automobilhersteller Henry Ford, und basierte auf der maschinellen und standardisierten Massenproduktion und -konsumtion von Gütern. In Anbetracht der enormen Produktivitätssteigerung, welche der Fordismus mit sich brachte, versuchten Architekt\_innen und Stadtplaner\_innen dieses Produktionsverhältnis auf den urbanen Raum zu übertragen. Ihre Visionen einer modernen Stadt der Zukunft manifestierten sich in der Charta von Athen, welche 1933 auf dem IV. Kongress des Congrès International d'Architecture Moderne (CIAM) verabschiedet wurde (vgl. ebd.: 150). Die Architektur-Avantgarde hatte bereits nach dem fordistischen Prinzip der Rationalisierung das Wohnen in bestimmte Funktionen (Kommunizieren, Schlafen, Nahrungszubereitung und -aufnahme, sich Entleeren und Körperpflege) untergliedert, denen dann in standardisierten Grundrissen bestimmte Räume zugeteilt wurden (vgl. ebd.: 149). Nun „[...] zerlegten sie die komplexen Prozesse städtischen Lebens in einzelne Funktionen und wiesen diese zu bestimmten Zeiten bestimmten Orten in der Stadt zu“ (ebd.: 150). In der funktionalen Stadt sollten Arbeiten, Wohnen, Erholung und Verkehr sowohl räumlich als auch zeitlich voneinander getrennt werden.

Infolgedessen wurde das Wohnen aus der historisch gewachsenen Stadtstruktur herausgerissen und in die neu gebauten Wohngebieten in der Peripherie verlagert. Das schlechte Image der Innenstädte, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sowie die massenhafte Verbreitung des Autos begünstigten diese Entwicklung. Die monofunktionalen Eigenheimsiedlungen, als auch Großsiedlungen setzten ein standardisiertes Konzept des Familienlebens voraus. Im fordistischen Lebensmodell etablierte sich die soziale Figur

der Hausfrau (vgl. Häußermann/ Läßle/ Siebel 2008: 150). Die Männer, denen die Rolle des Versorgers zugesprochen wurde, konnten aufgrund steigender Reallöhne und Vollbeschäftigung nun die Konsumgüter der ganzen Familie finanzieren, waren aber auf die Arbeitsleistung ihrer Frauen angewiesen. Die Hausfrauen kümmerten sich um die Kinder, erledigten die Einkäufe sowie den Haushalt. Die räumliche Bindung an das Haus oder die Wohnung verhinderte den Frauen in suburbanen Gebieten, in denen es nur wenig Arbeitsgelegenheiten gab, den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt (vgl. ebd.: 152).

Durch die öffentliche Förderung der Wohnanlagen wurde auch das Ziel verfolgt, allzu offensichtliche soziale Unterschiede zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum auszugleichen. Durch die staatliche Förderung des modernen Lebensstils, mit Teilhabe an der Konsumgesellschaft und Ausstattung mit hochwertigerem Wohnraum sollte die Bevölkerung von sozialistischen Ideen ferngehalten werden (vgl. ebd.: 151).

Für die Kernstädte hatte diese Entwicklung aber auch schwerwiegende Folgen. Dort, wo die Zuwanderung in die Städte nicht mehr die Abwanderung ins Umland kompensieren kann, sinkt die Einwohnerzahl. Dies macht sich bei den städtischen Finanzen bemerkbar, da Steuereinnahmen ausbleiben und Zuweisungen aus Ländern und Bund zum Teil von der Einwohnerzahl der Städte abhängen. Die Bewohner\_innen aus dem Umland arbeiten jedoch noch im Zentrum, nutzen die öffentliche Infrastruktur und verursachen somit weiterhin Kosten für die Städte (vgl. Siebel 2016: 156). Die Wanderungsbewegungen haben auch Einfluss auf die soziale Durchmischung der Stadtbevölkerung. „Zumeist wandern die jüngeren, politisch, sozial und ökonomisch aktiveren Bewohner ab, während die weniger Mobilen, und das sind in der Regel die Armen, die Alten, die Arbeitslosen und die Ausländer, in den Städten bleiben“ (ebd.). Dies hat wiederum negative Effekte auf den städtischen Haushalt. So kam es, dass ab den 1960er Jahren von einer „Krise der Stadt“ gesprochen wurde.

## **2.2) Reurbanisierung**

Seit den neunziger Jahren ist in deutschen Großstädten jedoch eine entgegengesetzte Dynamik, die der Reurbanisierung zu beobachten, so dass von einer „Renaissance der Stadt“ gesprochen wird. In den Kernstädten steigen die Einwohnerzahlen<sup>2</sup> und

---

2) Dies betrifft nicht alle deutschen Städte. Parallel zu den wachsenden Städten gibt es, vor allem in ehemals industriellen Regionen West- und Ostdeutschlands, weiter schrumpfende Städte (vgl. Siebel 2016: 158).

es siedeln sich vermehrt Unternehmen an (vgl. ebd.: 158). Der Wiederaufstieg der Stadt als beliebter Arbeits- und Wohnort hat soziale und ökonomische Gründe. Der ökonomische Strukturwandel vom Fordismus zum neoliberalen Postfordismus führte zu einer Prosperität der Dienstleistungs- und Wissensökonomie sowie der Kulturwirtschaft. Diese Wirtschaftszweige bevorzugen aus ökonomischen Gründen bei der Standortwahl ein urbanes Umfeld. Nicht zuletzt, weil ihre potentiellen Arbeitskräfte das Leben dort favorisieren. Dieser Prozess wird befördert durch eine unternehmerische Stadtpolitik, die nach der Standortlogik eine Revitalisierung der Innenstädte betreibt, um im Städtewettbewerb bestehen zu können (vgl. ebd.: 160).

Auf der sozialen Ebene ist die stärkere Nachfrage nach dem Leben in der Stadt jedoch nicht allein auf die Veränderungen der Arbeitswelt zurückzuführen. Der Trend zur Stadt und die Abkehr vom Leben im suburbanen Raum hängt auch zusammen mit der steigenden Anzahl von Menschen, die aufgrund ihres sozialen Status als typische Innenstadtbewohner\_innen bezeichnet werden können (Migrant\_innen, Student\_innen, Arme, Singles) (vgl. Siebel 2016: 160). Zudem verliert das soziale Fundament der Suburbanisierung, die familiäre Lebensweise an Bedeutung. Zum einen führt der demographische Wandel dazu, dass die Altersjahrgänge in denen gewöhnlich Familien gegründet werden, immer schwächer werden. Und zum anderen steigt der Anteil derjenigen, die keine Kinder bekommen, oder erst gar keine Beziehung eingehen (vgl. ebd.: 161). Wenn Paare Kinder bekommen, dann immer weniger. Außerdem steigt die durchschnittliche Lebenserwartung der Eltern und die Zeitspanne zwischen dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus und der eigenen Familiengründung wird immer länger. Die Phase in denen Eltern zusammen mit ihren Kindern einen Haushalt bilden verkürzt sich also relativ (ebd.: 162).

Hinzu kommt, dass mit der veränderten Rolle der Frau die geschlechtliche Arbeitsteilung innerhalb der Familie zunehmend aufgehoben wurde. Frauen nehmen sich vermehrt ihr Recht auf Arbeit und die meisten Männer sind nicht gewillt die Rolle des Hausmanns zu übernehmen. Sind in Familien beide Elternteile berufstätig ist das Leben in der Stadt, mit den kurzen Wegen und der gut ausgebauten Dienstleistungsinfrastruktur von Vorteil (ebd.: 168). Weiter wird es für viele Familien schwerer ein Eigenheim im Grünen zu finanzieren. Um die nötigen Kredite aufnehmen zu können braucht man vor allem ein stetes Einkommen. Der neoliberale Arbeitsmarkt fordert Anpassungsfähigkeit, Dynamik, Mobilität und Flexibilität. Immer seltener bleiben Arbeitnehmer\_innen nach der Berufsausbildung bis zur Rente in nur einem Arbeitsverhältnis. Außerdem wurden

die Subventionen für Wohneigentum und Berufspendler\_innen gekürzt oder komplett abgeschafft. Das suburbane Leben wird dadurch zu teuer (vgl. ebd.).

Die neue Nachfrage nach Stadt führt wiederum dazu, dass die Stadt für arme Menschen zu teuer wird. Dies liegt auch am fehlenden sozialen Wohnungsbau und dem Verkauf sozialer Wohnungsbaubestände, was zu einer Verknappung von günstigem Wohnraum führt (vgl. Holm et. al. 2015). Besonders angespannt ist die Lage in Stadtteilen, die Gentrifizierungsprozessen ausgesetzt sind. Im folgenden Kapitel werden diese Prozesse genauer beleuchtet.

### **3) Gentrifizierung**

Oft herrscht Unklarheit darüber, ob es sich bei der Entwicklung in einem Viertel um Gentrifizierung handelt oder nicht. Obwohl Gentrifizierung Gegenstand zahlreicher Forschungen ist, gibt es keine exakt zu benennenden Modelle, welche den Prozess der Gentrifizierung beschreiben könnten. Da Gentrifizierung, der Verschiedenheit der Räume entsprechend, unterschiedlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt ist verläuft sie nie nach ein und dem selben Schema. In der Bestimmung von Gentrifizierungsprozessen werden meist Merkmale baulicher, wohnungswirtschaftlicher, sozialer und symbolischer Aufwertung in Bezug gesetzt (vgl. Holm 2014: 103). Als Definitionsmerkmale gelten die Investition von Kapital in ein Quartier, die soziale Aufwertung durch Zuzüge ökonomisch besser gestellter Menschen, und die daraus resultierende Veränderung des Nachbarschaftscharakters. Der kleinste gemeinsame Nenner der diversen Definitionen bildet immer die Verdrängung von Teilen der Bevölkerung aus ihrem alten Wohngebiet (ebd.: 104). Die beobachtbaren Phänomene aus der Gentrifizierungs-Forschung können in drei wesentliche Erklärungsansätze gebündelt werden, die im Folgenden erläutert werden.

#### **3.1) Nachfrageorientierter Erklärungsansatz**

Der nachfrageorientierte Erklärungsansatz betrachtet die Aufwertung von Innenstadtvierteln hinsichtlich veränderter Wohn- und Konsumbedürfnisse, die auf die oben beschriebenen gesellschaftlichen Transformationsprozesse zurückzuführen sind. Mit der neuen Nachfrage nach urbanem Wohnraum und den Aktivitäten Zugezogener vollzieht sich zunächst eine symbolische Aufwertung der Quartiere. In der Forschung werden diese Phänomene als Pionierphasen der Gentrifizierung beschrieben (vgl. Holm 2013: 9). Die Pioniere sind nach



diesem Modell meist Menschen aus Alternativszenen, Studierende und Künstler\_innen, für welche die betroffenen Viertel einen geeigneten, vor allem erschwinglichen Lebensraum darstellen. Mit den neuen Nachbar\_innen kommen Szenekneipen, Galerien und weitere kulturelle Aktivitäten, die das Image des Stadtteils aufwerten (vgl. ebd.). Die mit der neuen Infrastruktur einhergehenden urbanen Qualitäten machen das Gebiet nun auch für Besserverdienende interessant. Nach Zukin kommt es schließlich zu dem Punkt, an dem kulturelles Kapital nicht mehr nur einen symbolischen, sondern einen realen ökonomischen Wert bekommt (vgl. Zukin 2013: 354). Das Image des Viertels hat sich so stark gebessert, dass sich die Immobilienwirtschaft Extraeinnahmen verspricht und in Maßnahmen zur Modernisierung der Bausubstanz investiert (vgl. Holm 2013: 32).

### **3.2) Angebotsorientierter Erklärungsansatz**

Der angebotsorientierte Erklärungsansatz setzt bei den ökonomischen Rahmenbedingungen der Aufwertung an. Beispielhaft sei hier die Rent Gap Theorie von Neil Smith (1979) genannt, die Gentrifizierung als einen Prozess beschreibt, welcher der ökonomischen Logik der kapitalistischen Stadt folge. Als Rent Gap bezeichnet man die Lücke zwischen der aktuellen Grundrente eines Grundstücks und der erwartbaren höheren Grundrente, welche durch eine andere Nutzung erzielt werden kann (vgl. ebd.: 545). Je größer die Lücke ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass in den betroffenen Grundstücksmarkt investiert wird. Die Rent Gap Theorie wird gestützt durch Überlegungen Harveys zum Wechselspiel von kapitalistischer Produktionsweise und Urbanisierung. In Anlehnung an Marx hat Harvey verdeutlicht, dass die im Kapitalismus periodisch auftretenden Krisen durch eine Überakkumulation von Kapital entstehen (vgl. Wiegand 2016: 134). Um die Krisen abzuschwächen werde der Überschuss von Kapital und Arbeit aus dem primären Kapitalkreislauf, also dem industriellen Produktionsprozess, durch Investitionen in den sekundären Kapitalkreislauf, vornehmlich in Elemente der gebauten Umwelt, verschoben. Immobilienmärkte und große Infrastrukturprojekte eignen sich zur Absorption der überschüssigen Gewinne, da sie viel Kapital über einen langen Zeitraum an sich binden können (vgl. ebd.: 137). Folgt man dieser Argumentation, ist die Revitalisierung innerstädtischer Quartiere im Zuge der Krise des Fordismus also nicht allein der gesteigerten Nachfrage geschuldet. Überschüssiges Kapital wurde vornehmlich in zentrale Stadtteile investiert, weil diese im Zuge der Suburbanisierung heruntergewirtschaftet wurden und somit dort die höchste Rent Gap zu erwarten war.

### 3.3) Stadtpolitischer Erklärungsansatz

Der Stadtpolitische Erklärungsansatz zeigt die verschiedenen Strategien und Instrumente der Stadtpolitik auf, die zu einer lokalen Aufwertung führen können. Ökonomien der Aufwertung vollziehen sich nicht allein im Feld der freien Marktwirtschaft, sondern sind immer vielfältigen staatlichen oder kommunalen Eingriffen ausgesetzt. „Stadtentwicklung ist ohne das engmaschige Netz von Planungsvorgaben, Genehmigungsverfahren, öffentlichen Subventionen und stadtpolitischen Leitbildern gar nicht denkbar“ (Holm 2013: 40). Zu unterscheiden sind Eingriffe, welche die Folgen marktwirtschaftlichen Handelns kompensieren sollen, von denen, die das marktwirtschaftliche Handeln gewährleisten sollen (vgl. ebd.). Das Paradigma der unternehmerischen Stadtpolitik und der Konkurrenzdruck im Wettbewerb der Städte haben dazu geführt, dass besonders letztere genutzt werden. Der sich Anfang der 80er Jahre in Deutschland durchsetzende Neoliberalismus hatte zur Folge, dass sich der Staat als regulierende Instanz aus dem Feld der Stadtpolitik zurückzog. Die Städte waren fortan gezwungen sich als Wettbewerbseinheit im globalen Raum zu positionieren (vgl. Schipper 2014: 98). Das nun einsetzende Wettbewerbsdispositiv machte es notwendig, Standortpolitik anderen Politikoptionen vorzuziehen und alle stadtpolitischen Maßnahmen auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Primäres Ziel ist seitdem, globales Kapital anzuziehen, Unternehmensansiedlungen in der Stadt zu fördern um Arbeitsplätze zu sichern und einkommensstarke Haushalte, sowie global mobiles Humankapital, besonders hoch bezahlte Wissensarbeiter\_innen, an den Standort zu binden (vgl. ebd.: 99). Für die wachstumsorientierte unternehmerische Stadt sind Gentrifizierungsprozesse daher von positiver Bedeutung. Gelingt es private Investor\_innen für die städtische Aufwertung zu gewinnen, wird der kommunale Haushalt entlastet. Durch die Aufwertung entstehen zudem Wohnviertel mit den Qualitäten, die bei den umworbenen qualifizierten Arbeitskräften so beliebt sind. Aus unternehmerischer Perspektive sind Effekte der Ausgrenzung für die Stadt tolerabel, steigt mit den neuen Bewohner\_innen doch das Steueraufkommen (vgl. Holm 2013: 44).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei der Analyse der komplexen Gentrifizierungsprozesse die drei Erklärungsansätze immer in Bezug zueinander gedacht werden müssen. Sowohl ökonomische Faktoren, wie der Zustand von Bodenmärkten und Wohnungsmärkten, als auch stadtpolitische Aspekte, wie z.B. bestimmte Leitbilder der Stadtentwicklung, aber auch kulturelle Aspekte, wie veränderte Wohnortpräferenzen spielen eine Rolle. Die Folge dieser Prozesse ist immer die Verdrängung von Teilen der

Bevölkerung aus ihrem Wohnumfeld.

Die Verdrängung der meist ärmeren Bevölkerungsschichten hat schwerwiegende Folgen für die betroffenen Menschen. Müssen Mieter\_innen eine preiswerte Wohnung verlassen, finden sie auf dem Wohnungsmarkt selten eine neue Wohnung im selben Preissegment. Die Wohnkosten steigen also. Die Aufwertung der bisherigen Nachbarschaft macht es zudem unwahrscheinlicher, dort eine neue erschwingliche Wohnung zu finden, was eine Verdrängung aus dem bekannten sozialräumlichen Umfeld bedeutet. Gerade Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen sind jedoch oft auf die unterstützenden Funktionen sozialer Netzwerke angewiesen. Neue Wohnungen finden Verdrängte dann häufig nur in den benachteiligten Wohngebieten der urbanen Peripherie. Diese Stadtteile sind durch die Segregationseffekte nun verstärkt Abwertungserscheinungen ausgesetzt und die sozialräumliche Polarisierung der Stadt nimmt zu (vgl. Holm 2014: 103).

Die beschriebenen Folgen für die Menschen führen zu sozialen Konflikten. An diesen Konflikten entzündeten sich stadtpolitische Proteste, die meist von gentrifizierungskritischen Stadtteilinitiativen initiiert werden. Die genaue Analyse von Gentrifizierungsprozessen ist nach Holm für die Aktivist\_innen unabdingbar. Denn auch der Gentrifizierungsbegriff an sich sei umkämpft. So werde Gentrifizierung häufig auf natürliche Prozesse der Stadtentwicklung zurückgeführt, oder auf veränderte Nachfragestrukturen reduziert. Der Kritik von Stadtteilgruppen werde mit der angeblichen Unvermeidbarkeit oder Alternativlosigkeit von Gentrifizierung begegnet (vgl. ebd.: 105). Für die „Anti-Gentrification-Mobilisierung“ sei es daher „[...] von strategischer Bedeutung, die Ursachen, Machtverhältnisse und Prinzipien der städtischen Neuordnungsprozesse zu erkennen“ (ebd.: 105).

In Anbetracht der fordistischen Neuordnungsprozesse formulierte Henri Lefebvre ein Konzept, welches Urbanität als ein gesellschaftliches Verhältnis beschreibt und gleichzeitig Perspektiven für einen sozialen Umbruch aufzeigt. Viele Initiativen berufen sich bei ihren Protesten auf das von ihm geforderte Recht auf Stadt. Im Folgenden soll die Bedeutung hinter dem Begriff Recht auf Stadt erläutert werden.

#### 4) Das Recht auf Stadt

Obwohl schon in den späten 1960er Jahren formuliert, gewann der Begriff Recht auf Stadt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Viele städtische soziale Bewegungen, die sich für eine gerechtere und demokratischere Stadt einsetzen, fassen unter dem Slogan Recht auf Stadt diverse stadtpolitische Forderungen zusammen und bringen so den Begriff in den öffentlichen Diskurs (vgl. Mayer 2011: 53). Im Folgenden wird zunächst erläutert, was Lefebvres Recht auf Stadt theoretisch bedeutet, um anschließend zu hinterfragen, wer sich in der Praxis auf das Recht auf Stadt beruft.

Lefebvre begann mit Überlegungen zu einem Recht auf Stadt unter dem Eindruck des entfremdeten Alltagsleben der modernen Städte. In der Stadtplanung der modernen Stadt meint Lefebvre eine Klassenstrategie zu erkennen. Er zieht einen Bogen von der Neugestaltung Paris durch Baron Haussmann, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, zur funktionalen Stadtgestaltung des Fordismus. Während die Pariser Bourgeoisie in Anbetracht von Revolten der Arbeiterschaft ganze Stadtteile niederreißen ließ und einen Städtebau initiierte, der Sicherheit und Ordnung gewähren sollte (vgl. Lefebvre 2016: 44), verfolgte die fordistische Stadtplanung durch die Schaffung von Wohngebieten an den Rändern der Stadt eine andere Strategie, so Lefebvre. Der Zugang für breite Teile der Bevölkerung zu Eigentum und die Aussicht auf ein scheinbar besseres Leben mit vielfältigen Möglichkeiten des Konsums sollte die Arbeiterschaft moralisieren und dadurch befrieden (vgl. ebd.: 47).

Lefebvre kritisiert die scheinbar rationale Stadtplanung als eine tatsächlich ideologisch gerechtfertigte Strategie. Ein technizistischer Rationalismus könne auch gar nicht den vielfältigen und widersprüchlichen Prozessen der städtischen Realität gerecht werden (vgl. ebd.: 55). Er ist der Ansicht, dass durch das Herausreißen des Wohnens aus den Stadtzentren und die normierten, homogenisierten Lebensverhältnisse in der rational geplanten Stadt elementare Qualitäten des Städtischen verloren gehen. „Das städtische Leben bedingt Begegnungen, Konfrontation mit Unterschieden, gegenseitiges Kennen und Anerkennen (samt ideologischer und politischer Auseinandersetzungen) von Lebensweisen, ‚Patterns‘, die in der Stadt nebeneinander bestehen“ (ebd.: 45, H.i.O.). Zudem kritisiert er, dass sich der städtische Alltag zunehmend am Tauschwert ausrichte und nicht mehr wie in vorindustriellen Städten am Gebrauchswert. *„Der Tauschwert, die allgemeine Durchsetzung der Ware im Zug der Industrialisierung, unterwirft sich tendenziell die Stadt und die städtische Realität und zerstört die Stadt, die Zuflucht des Gebrauchswertes und*

Keim einer virtuellen *Vorherrschaft* und einer Aufwertung des Gebrauchs ist“ (ebd.: 33, H.i.O.).

Ende der 1960er Jahre, als die „Krise der Stadt“ offensichtlich wurde und diverse soziale Bewegungen „[...] gegen eine fremdbestimmte Alltagswelt, gegen die Modernisierung der Städte, gegen die Vertreibung aus den Innenstädten und den Ausschluss vom städtischen Leben, gegen den Verlust der städtischen Qualitäten“ kämpften, formulierte Lefebvre daher seine Forderung nach einem Recht auf Stadt (Schmid 2011: 26f.). Für Lefebvre ist das Städtische ein soziales Verhältnis. Dem historischen Begriff von Stadt, als einen Ort, fügt er das Urbane (das städtische Leben), als einen Prozess, der zu analysieren sei, hinzu (vgl. ebd.: 30). Nach Lefebvre ist das Städtische eine bestimmte Ebene der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die als vermittelnde Instanz zwischen der privaten Ebene (dem Alltag, dem Wohnen usw.) und einer globalen Ebene (dem Weltmarkt, dem Staat, dem Wissen usw.) liege. Die urbane Ebene sei somit existenziell für die Produktion und Organisation von Gesellschaft, da über sie die unterschiedlichen Elemente der Gesellschaft zusammengeführt werden (vgl. ebd.: 31f).

Von Bedeutung für das Urbane ist dessen spezifische Form: die Zentralität. Mit dem Begriff der Zentralität meint Lefebvre nicht einen zentralen, geographisch definierbaren Ort. Zentralität kann überall entstehen und beschreibt lediglich eine „[...] Situation, in der unterschiedliche Dinge nicht länger getrennt voneinander existieren. Als Ort der Begegnung, der Kommunikation und der Information ist sie auch ein Ort an dem sich Zwänge und Normalitäten auflösen und das spielerische Moment und das Unvorhersehbare hinzutreten“ (ebd.: 32). Die Zentralität ermöglicht schließlich einen weiteren wichtigen Aspekt des Urbanen: die Differenz. Differenzen sind keine Eigenschaften, sondern entstehen gerade dann wenn Eigenschaften aufeinander treffen. „Aus ihrer Konfrontation entsteht ein ‚Verständnis‘ füreinander und damit die Differenz“ (ebd.: 33, H.i.O.) Lefebvre sieht eine bestimmte Qualität des Urbanen in der Möglichkeit, dass sich Menschen mit unterschiedlichem sozialen und kulturellem Hintergrund, Bildungstand, diversen Wertvorstellungen usw. begegnen (ebd.). Kommt es nicht zu einer Abschottung der Elemente, sondern zu einer konflikthaften Konfrontation, so führe dies zur sozialen Transformation (ebd.: 34).

Das Recht auf Stadt ist also ein soziales Projekt, eine Utopie die einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel fokussiert. „Das *Recht auf die Stadt* kann nicht als einfaches

Recht auf Besuch oder Rückkehr in die traditionellen Städte verstanden werden. Es kann nur als *Recht auf das städtische Leben* in verwandelter, erneuerter Form ausgedrückt werden“ (Lefebvre 2016: 166, H.i.O.).

Bei der Frage, welche Personengruppen welches Recht auf Stadt einfordern, differenziert Lefebvre zwischen einer Forderung und einem Begehren nach Recht auf Stadt. Marcuse (2012) greift angesichts der vielfältigen Recht auf Stadt Bewegungen diesen Punkt auf und sagt, dass man zwischen einem „[...] cry out of necessity and a demand for something more“ unterscheiden könne (ebd.: 30). Die Forderung (demand) wird von unterprivilegierten Menschen geäußert, und betrifft existenzielle Bedürfnisse. Diese können zum Beispiel das Recht auf sauberes Trinkwasser, Wohnen, Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung oder demokratische Teilhabe sein (vgl. ebd.: 34). Demgegenüber steht das Begehren (cry) der Entfremdeten, die zwar gesellschaftlich integriert, aber unzufrieden mit ihrer derzeitigen Lebenssituation sind und sich in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschränkt sehen (vgl. ebd.: 30). Somit ist das Recht auf Stadt kein Privileg der Unterdrückten, aber die Forderungen nach existenziellen Bedürfnissen müssten nach Marcuse immer Vorrang haben. Jedoch ist er auch der Meinung, dass ein Recht auf Stadt für Alle, also ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel, nur dann stattfinden kann, wenn die sozial Benachteiligten, welche die Forderung, und die Unzufriedenen, die das Begehren nach einem besseren Leben äußern, zusammenarbeiten. Ein kritischer Urbanismus sollte daher fragen, wie sich die beiden Gruppen annähern könnten und mit welchen gesellschaftlichen Kräften ein Kampf für das Recht auf Stadt am meisten Aussicht auf Erfolg habe (vgl. ebd.: 32f.).

## **5) Baugemeinschaften**

Baugemeinschaften, als relativ neue Nachfragegruppe auf dem Wohnungsmarkt, finden im aktuellen Städtebau Diskurs viel Beachtung. Dem Bauen und Wohnen in Gemeinschaft wird ein gesellschaftlicher Nutzen zugesprochen. Demzufolge ist die Förderung von Baugemeinschaften ein fester Bestandteil der Wohnungspolitik vieler Kommunen. Das Bedürfnis vieler Menschen, sich in einer Gemeinschaft zu organisieren ist dabei auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zurückzuführen, aber auch auf den Wunsch sich auf dem angespannten Wohnungsmarkt Wohnraum zu sichern. Im Folgenden wird zunächst auf die Aspekte des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens eingegangen. Danach wird dargestellt, wie die Kommunen die Projekte fördern und was für Erwartungen sie an die

Gruppen haben. Anschließend wird erörtert was für eine Kritik an die Baugemeinschaften gerichtet wird

### **5.1) Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen**

In der langen Tradition des gemeinschaftlichen Bauen und Wohnens beschreibt der Begriff Baugemeinschaft eine recht junge Art und Weise nach der sich mehrere Menschen zu einer Gruppe zusammenfinden, um Wohnraum für den Eigenbedarf zu realisieren. Das Konzept der Baugemeinschaft kann dem Feld der baulichen Selbsthilfe zugeordnet werden. Gründe für die gemeinschaftliche Selbsthilfe können zum einen die reine Wohnversorgung und zum anderen das Bedürfnis nach gemeinschaftlichen Formen des Wohnens sein (vgl. Szypulski 2008: 109). Bei Baugemeinschaften kann man zwischen der individuellen Gruppenselbsthilfe und der organisierten Gruppenselbsthilfe unterscheiden. Bei ersterer schließen sich Bauinteressent\_innen zusammen um erforderliche Baumaßnahmen gemeinschaftlich zu leisten, während bei der zweiten Variante der Bau des Hauses durch einen professionellen Bauträger geleitet und kontrolliert wird (vgl. ebd.: 122).

Die Idee, sich gemeinschaftlich Wohnraum zu sichern hat ihren Ursprung in der industriellen Stadt des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als der starke Anstieg der Bevölkerung zu einer enormen Wohnungsnot führte (vgl. ebd.: 110). Die ersten Versuche des genossenschaftlichen Wohnungsbaus wurden von Teilen des Bürgertums angestoßen, um den sozialen Frieden in den Städten zu gewährleisten und um, im Sinne der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Teile der Arbeiterschaft mit Eigentum auszustatten (vgl. ebd.: 111). Erste Formen der kollektiven Selbsthilfe, aus eigenem Antrieb der Arbeiterschaft, entstanden meist durch spontane Baumaßnahmen, die durch Arbeitslosigkeit oder Wohnungsmangel bedingt waren. Auf Dauer zeigte sich jedoch, dass Organisation in Wohnungs- oder Baugenossenschaften, sowie die öffentliche Förderung unabdingbar waren, um den hohen finanziellen Aufwand der Bautätigkeiten zu bewältigen (vgl. ebd.).

In jüngerer Geschichte war es vor allem die Hausbesetzerszene, die ab den 1980er Jahren eine neue Selbsthilfebewegung initiierte. In Anknüpfung an die Tradition der Arbeiterbewegung, war es deren Anliegen, über kollektives Handeln bezahlbaren Wohnraum und dauerhaft niedrigen Mieten zu erkämpfen. Von hoher Bedeutung für die Bewegung war vor allem das selbstbestimmte Wohnen, welches verbunden war mit einem gewissen „[...] Anspruch an das Zusammenleben in der Gemeinschaft, der sich aus den

politischen Zielvorstellungen (antikapitalistische Ausrichtung) ergab“ (ebd.: 120, H.i.O.). Im Zuge dieser Bewegung kam es vor allem zu einer Instandsetzung innerstädtischer Altbaubestände. Dort leisteten die Selbsthilfegruppen „[...] häufig Pionierarbeit in ökologischer Hinsicht und im Hinblick auf eine behutsame, sozial orientierte Stadtteilentwicklung“ (ebd.).

Die neuen Ansprüche an gemeinschaftliches Wohnen sind durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu erklären. In den Zentren der Großstädte entwickelten sich diverse Milieus, deren unterschiedliche Lebensstile als kritische Antwort auf die genormten Lebensentwürfen des Fordismus gesehen werden können (vgl. ebd.: 47). Mit der Auflösung des traditionellen Familienbildes und der Individualisierung der Gesellschaft wird es zudem für viele Menschen wichtig, sich in Netzwerken zu organisieren, die einen gewissen sozialen Halt garantieren und eventuelle wirtschaftliche Unsicherheiten kompensieren können. Zudem steigt das Bedürfnis vieler Menschen, sich angesichts steigender Lebenserwartung und einer Zunahme von Einpersonenhaushalten, gegen die Einsamkeit im Alter zu schützen. Die Wohngemeinschaft wird daher oft als Gegenort zur anonymen Stadtgesellschaft stilisiert. Trotz des relativen Bedeutungsverlustes der Familie, dominieren unter den neuen Wohnformen jedoch weiter familiäre Wohnprojekte. Dies ist auch dadurch zu Erklären, dass die gewachsenen Anforderungen des Alltags und des Berufslebens selbst noch für einzelne Familien schwer zu bewältigen sind und der Zusammenschluss mehrerer Familien Vorteile bringt (vgl. ebd.: 48).

Die Mitglieder von Baugemeinschaften haben bei der Planung, dem Bau und der späteren Verwaltung des Gebäudes ein Mitspracherecht. Die Attraktivität dieser Form des Wohnungsbaus ergibt sich aus der Aussicht, sich sein Wohnumfeld den eigenen Ansprüchen gerecht zu gestalten. Kommunen, die Baugemeinschaften fördern werden zum einen dem wachsenden Beteiligungsanspruch ihrer Bürger\_innen gerecht, versprechen sich aber dadurch auch weitere Vorteile, wie im Folgenden erläutert wird.

## **5.2) Baugemeinschaften als städtebauliches Entwicklungsinstrument**

Die Förderung von Baugemeinschaften ist fester Bestandteil der Wohnungspolitik vieler Kommunen. In Hamburg hat beispielsweise die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen seit 2003 eine Agentur für Baugemeinschaften eingerichtet. Es werden Fragen zu den Themen Verwaltung und Finanzierung erläutert, sowie bei Bedarf der



Kontakt zu kooperierenden Architekturbüros oder Baubetreuer\_innen hergestellt (vgl. BSW o.J.). Des Weiteren wird über die Agentur die Vergabe der Baugrundstücke geregelt. Die Stadt Hamburg hat immerhin 20 Prozent der städtischen Wohnbaufläche im Geschosswohnungsbau ausschließlich für Baugemeinschaften vorgesehen und reserviert (vgl. MWEBWV 2010: 18). Die Entscheidungsgrundlage bei der Vergabe der Grundstücke stellt für die Agentur für Baugemeinschaften ein Interessentenbogen dar. In diesem muss die Gruppe angeben in welcher Eigentumsform gebaut werden soll, wie groß die Gruppe ist, wie hoch das Eigenkapital ist und welches Inhaltliches Konzept die Gemeinschaft verfolgt (z.B. ökologische oder soziale Aspekte) (vgl. ebd.: 43). Die Stellen sind auch dafür zuständig Aufmerksamkeit für das Konzept der Baugemeinschaft zu generieren. So werden z.B. Informationsveranstaltungen und Workshops zu dem Thema veranstaltet (vgl. Müller 2015: 36). Die konkrete Förderung der Baugemeinschaften besteht neben der Beratung und Koordinierung der Projekte auch darin, dass die Kommunen und Länder den Baugemeinschaften zinsgünstige Kredite gewähren (vgl. ebd.). Auch werden für bestimmte Maßnahmen, wie zum Beispiel eine barrierefreie Bauweise, oder das Einhalten hoher energetischer Standards mit Zuschüssen belohnt. Zudem werden die Grundstückspreise für Baugemeinschaften niedrig gehalten (vgl. Schröder 2015).

Die Fördermaßnahmen sind mit einer gewissen Erwartungshaltung an die Baugemeinschaften verknüpft. Die Länder und Kommunen sehen in den Gruppen ein geeignetes Mittel im Zuge der Reurbanisierung das Wohnen in der Innenstadt zu revitalisieren (vgl. ebd.: 38). Argumentiert wird hier zum einen damit, dass das Bauen in der Gemeinschaft zu geringeren Baukosten führt. Dies mache das Wohnen im Eigentum auch in der Kernstadt möglich. So verhindere man das Abwandern von Einwohner\_innen in den suburbanen Raum (vgl. ebd.: 39). Betont wird vor allem, dass durch die Baugemeinschaften familiengerechter Wohnraum in der Stadt entstehe. Die vermeintlich kinderfreundlichere Umgebung der Vororte wird als ein Hauptgrund der Suburbanisierung genannt. Die Vorteile der Baugemeinschaften seien, die Grundrisse den familiären Bedürfnissen entsprechend zu planen, sowie die Gemeinschaft des Hauses, in welcher man auch als Kleinfamilie nicht isoliert leben muss (vgl. ebd.).

Weiter wird den Mitgliedern von Baugemeinschaften zugesprochen ein überdurchschnittliches Engagement, sowohl in der Hausgemeinschaft als auch in der Nachbarschaft, aufbringen zu können (vgl. ebd.: 42). Durch ihrer Aktivitäten sollen sie zu einer Stabilisierung und damit zur Aufwertung von Quartieren beitragen. Die

hohe Identifikation mit ihrem Projekt, als Resultat aus dem gemeinsamen Bau- und Planungsprozess, wird hier als Grund für ein außergewöhnliches Engagement benannt. Aufgrund einer hohen Eigenverantwortung sowie Aneignungspraktiken im Projektverlauf entstehe eine starke Ortsgebundenheit, die sich im Willen zur Gestaltung, zunächst des Hauses und dann des weiteren Umfeldes ausdrücke. Wie sich diese Engagement konkret zeigt wird jedoch nicht weiter ausgeführt (vgl. ebd.).

### **5.3) Kritik an Baugemeinschaften**

Baugemeinschaften haben das Image als Bottom-Up Initiativen neue Formen des Wohnens zu erproben und einen positiven Beitrag zu einer sozialen Stadtentwicklung beizutragen. Rumpfhuber (2012) hingegen meint dazu, dass es häufig Architekt\_innen seien, die sich durch Initiativen, Messen oder ähnlichem für das Thema Baugemeinschaft einsetzen, da sie darin ein profitables Geschäftsmodell entdeckt haben (vgl. ebd.: 28). Weiter liege der gemeinschaftliche Aspekt bei vielen Baugemeinschaften eher beim Bau des Hauses, als beim Wohnen. Der Trend zur Baugemeinschaft zeige vielmehr ein Bedürfnis zur Individualisierung, biete die partizipative Planung doch die Möglichkeit, sein Heim nach eigenem Geschmack zu verwirklichen. Wirklich kollektive Elemente am Bau, wie zum Beispiel eine Gemeinschaftsküche, finde man eher selten (vgl. ebd.).

Die Sozialstruktur der Baugemeinschaften hingegen sei meist homogen. Oft tue sich eine Zielgruppe mit ähnlichem sozialen Hintergrund zusammen, was auf sozialräumlicher Ebene im Quartier eher negative Segregationseffekte befördere (vgl. ebd.: 29). Denn das im Zuge der Reurbanisierung aufkommende Bedürfnis von Mittelschichtfamilien wieder urban zu Wohnen, führt nicht zwangsläufig zur der von Stadtpolitik und Stadtplanung als wünschenswert bezeichneten sozialen Durchmischung. Frank fasst unter dem Begriff der „inneren Suburbanisierung“ (Frank 2013: 74) Beobachtungen zusammen, nach denen Familien zwar die Vorteile des innerstädtischen Lebens beanspruchen, sich aber gleichzeitig gegen negative Aspekte der Großstadt absichern. Beispielfhaft sei das Phänomen genannt, dass Mittelschichtfamilien einerseits die soziale und kulturelle Heterogenität der Stadtteile schätzen, aufgrund von Statusängsten jedoch ihr Möglichstes geben, „[...] um zu verhindern, dass ihre Kinder Schulen oder Klassen mit (zu) vielen Kindern aus bildungsfernen Familien besuchen“ (ebd.: 78, H.i.O.). Frank sieht in der Enklavenbildung Tendenzen einer Entsolidarisierung und ist der Meinung, dass „[...] die heutigen Familieninseln als funktionale Äquivalente der fordistischen Vorstadtsiedlungen

gelten können“ (ebd.: 74, H.i.O.).<sup>3</sup>

Holm (2010) belegt am Beispiel Berlin, dass es sich bei Baugemeinschaften hauptsächlich um Projekte sozioökonomisch Bessergestellter handelt. Er bezieht sich dabei auf eine Studie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (vgl. Suckow 2009). Demnach haben zwei Drittel der Haushalte der Berliner Baugemeinschaften ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 3500 Euro pro Monat. Lediglich bei 10 Prozent der Haushalte betrage das monatliche Nettoeinkommen weniger als 2300 Euro. Bei 21 Prozent seien es mehr als 5000 Euro. Insgesamt also deutlich mehr, als das durchschnittliche Berliner Haushaltseinkommen von 1550 Euro im Monat (vgl. ebd.). Weiter haben nur 2 Prozent der Haushalte keine deutsche Nationalität, lediglich 5 Prozent der Erwachsenen haben kein Abitur und 82 Prozent haben einen Hochschulabschluss (vgl. ebd.). Damit liegen Baugemeinschaften was Einkommen und Bildungsstatus betrifft über den Gebietsdurchschnitten der Aufwertungsgebiete und können nach Holm somit zur Super-Gentrification, also zur Aufwertung eines bereits aufgewerteten Stadtteils führen (vgl. ebd.). Genauso können Baugemeinschaften aber die Pionierfunktion im Gentrifizierungsprozess übernehmen. Zwar macht Holm klar, dass Baugemeinschaften nicht der gravierendste Faktor bei Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen seien, diese aber durchaus begünstigten (vgl. ebd.).

Dass man bei Baugemeinschaften von einer Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum ausgehen kann, veranschaulicht Holm ebenfalls anhand dieser Studie. Im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2008 wurden 96 Bauprojekte mit insgesamt 1.300 Wohnungen im Berliner Stadtgebiet erfasst. Gemessen am Berliner Wohnungsbestand sind das lediglich 0,1 Prozent. Bezieht man die Anzahl der neugebauten Wohnungen in Baugemeinschaften auf alle Berliner Neubauaktivitäten entspricht dies etwa 2 Prozent. Betrachtet man aber nur die Innenstadtbezirke so steige der Anteil der Baugemeinschaften am Neubaugeschehen auf ca. 10 Prozent. In Bezug auf die 2.500 neuerrichtete Eigentumswohnungen in der Innenstadt betrage der Anteil laut Senatsverwaltungsstudie sogar 20 Prozent, so Holm (vgl. ebd.). Einer eigenen Studie zufolge, in der Holm Daten eines online Wohnprojekte-Portals auswertet, komme er auf eine deutlich höhere Anzahl an Wohnungen in Baugemeinschaften und folgert, dass im besagten Zeitraum über 40

---

3) Frank bezieht sich dabei nicht nur auf Projekte von Baugemeinschaften, sondern auch auf gated communities, sowie Townhouse-Siedlungen (vgl. Frank 2013: 70).

Prozent der neugebauten Eigentumswohnungen in der Innenstadt durch Baugemeinschaften realisiert wurden (vgl. ebd.).

Ein wesentlicher Teil der Bewohner\_innen wohnten laut der Studie zuvor schon in den Stadtteilen und gaben steigende Mieten als Grund für den Kauf von Wohneigentum an. Holm betrachtet Baugemeinschaften daher auch als eine Strategie die steigenden Mietpreise und den Aufwertungsdruck in den Innenstadtbezirken zu kompensieren (vgl. ebd.). Diese Strategie bleibt jedoch denjenigen vorbehalten, die über genug ökonomisches, aber auch soziales Kapital verfügen, sowie die Zeit dafür haben sich in den entsprechenden Projekten zu organisieren. Damit geht das Konzept der Selbsthilfe bei Baugemeinschaften gut einher mit einer neoliberalen Stadtentwicklungspolitik, die auf Eigeninitiative der Bürger\_innen setzt. Diese Individualisierung der Stadterneuerung bedeutet jedoch eine hohe Eigenverantwortlichkeit, es „[...] kann sich niemand mehr auf einen fürsorglichen Schutz durch die Gemeinschaft (die Stadt) verlassen [...]“ (Häußermann/ Läßle/ Siebel 2008: 240, H.i.O.).

Kritik an Baugemeinschaften wird jedoch nicht nur im Fachdiskurs geäußert. Viele Initiativen aus dem linken Bewegungsspektrum kritisieren Baugemeinschaften aufgrund der vermeintlichen Aufwertungs- und Verdrängungseffekte. Dabei sind die Baugemeinschaften ganz konkreter Kritik ausgesetzt. Im Folgenden soll anhand einer Berliner Initiative veranschaulicht werden, welche Formen diese Kritik annehmen kann.

### **5.3.1) Stadtteilinitiative Karla Pappel**

Karla Pappel ist eine Initiative, die sich gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung im Berliner Stadtteil Alt-Treptow einsetzt. Die Gruppe besteht seit 2008 und hat sich anlässlich einer Demonstration gegen die Fällung von Pappeln auf einem Baugrundstück im Stadtteil zusammengefunden. Der Protest richtete sich ebenso gegen die Baugemeinschaft, die auf diesem Gelände bauen wollte. Seitdem kritisiert und dokumentiert die Initiative die Aktivitäten von Baugemeinschaften in Alt-Treptow auf ihrem Blog (vgl. Karla Pappel o.J.).

Bekannt wurde die Initiative zudem durch den Dokumentarfilm „Verdrängung hat viele Gesichter“, der die Thematik der Baugemeinschaften problematisiert. Der Film wurde von Menschen aus dem Umfeld der Initiative produziert und lässt Mitglieder von

Baugemeinschaften zu Wort kommen, zeigt aber auch die Perspektive von Anwohner\_innen, die hart zu kämpfen haben, um im Stadtteil bleiben zu können (vgl. Nowak 2015).

In der Kommunikation verhält sich die Initiative recht provokativ. So spricht sie davon, dass Käufer von Eigentumswohnungen ein Verbrechen am Kiez und an den armen Menschen begehen. Und weiter, dass sie an ihrem „[...] jämmerlichen Geld ersticken [...]“ mögen (Karla Pappel o.J.). Ihre Meinung teilen sie den Baugemeinschaften auch über Graffitis an den Hauswänden im Viertel mit.



Abb. 1: „Baugruppen = Gentrifizierer“  
Quelle: Karla Pappel 2011



Abb. 2: „Yuppies aufs Maul“  
Quelle: Karla Pappel 2011

In der Form der Kritik an den Baugemeinschaften erkennt man häufig das klassische Modell einer Etablierten-Außenseiter-Figuration nach Elias (vgl. Elias/ Scotson 1993: 7ff.). Die Aktivist\_innen konstruieren eine Gruppe der Etablierten, also die alten Bewohner\_innen des Viertels, und schreiben der Gruppe der Außenseiter, den Baugemeinschaften, negative menschliche Eigenschaften zu. Nämlich sich moralisch nicht korrekt zu verhalten, da ihre Anwesenheit im Viertel zur Verdrängung der alten Bewohnerschaft führe. Die Soziodynamik der Stigmatisierung funktioniert nach Elias so, dass die Etablierten der gesamten Gruppe der Außenseiter die schlechtesten Eigenschaften der schlechtesten Teilgruppe zuschreiben (vgl. ebd.: 13). Eine differenzierte Betrachtung der Baugemeinschaften tritt zugunsten einer Skandalisierung der Baugemeinschaft an sich zurück. Meist erfolgt die Stigmatisierung einer Gruppe in einem Kampf um Macht, der eine soziale Überlegenheit behaupten soll (vgl. ebd.: 14). Die Stadtteilinitiativen hingegen repräsentieren sozial und ökonomisch schwächer gestellte, sie agieren eigentlich aus der Position der Unterdrückten. Ihre Machtstellung definiert sich jedoch durch die von ihnen beanspruchte moralische Überlegenheit.

Internet Blogs, wie der von Karla Pappel haben sicherlich nicht so eine hohe Reichweite, Aktionsformen, wie das Besprühen von Wänden oder Demonstrationen haben jedoch das Potenzial Gentrifizierung öffentlichkeitswirksam zu thematisieren. Zumindest durch das Besprühen von Hauswänden, kann sich die Initiative sicher sein, dass ihre Kritik die Bewohner\_innen der Baugemeinschaften erreicht. Wie die Baugemeinschaften auf (theoretisch oder praktisch geäußerte) Kritik reagieren, ist Thema des nächsten Abschnitts.

## **6) Methodisches Vorgehen**

Um meinem Erkenntnisinteresse näher zu kommen habe ich mich für qualitative Forschungsmethoden entschieden. In einem ersten explorativen Forschungsabschnitt habe ich das Internet als geeignetes Forschungsfeld definiert. Die vielfältigen Selbstrepräsentationen von Baugemeinschaften im Internet geben einen guten Überblick auf die Selbstpositionierungen der Gruppen im Gentrifizierungsdiskurs. Um die tiefergehende Bedeutungen der Standpunkte der Gruppen zu erfragen und um Sachverhalte aufzudecken, die in der öffentlichen Selbstrepräsentation keine Erwähnung finden, habe ich anschließend die Methode des qualitativen Interviews eingesetzt. Im Folgenden werde ich beide Vorgehensweisen erläutern.

### **6.1) Ethnografieren im Internet**

Das Internet ist mittlerweile fest im Alltag der Menschen verankert. Viele Formen der Kommunikation haben sich in digitale Kanäle verlagert. Das Internet, als Bereich sozialen Handelns, ist aus einer kulturanthropologischen Perspektive zu einem relevanten Forschungsgebiet geworden. Grob zu unterscheiden ist zwischen dem Forschen über das Internet und dem Forschen im Internet (vgl. Koch 2014: 367f). Für die vorliegende Arbeit war letzteres relevant. Nach ersten explorativen Erkundungen durch die Google Suchfunktion konnte die riesige Datenmenge des Internets recht schnell zu einem kleinerem Forschungsfeld eingegrenzt werden. Als geeignete Recherchequellen haben sich Webseiten von Bauträgern oder Genossenschaften erwiesen, die eigene Baugemeinschaftsprojekte aufführen (vgl. Stattdau Hamburg o.J.; Schanze e.G. o.J.), sowie Internet-Portale, die als Netzwerke für Wohnprojekte und Interessierte fungieren und ausführliche Listen von Baugemeinschaften oder anderen gemeinschaftlichen Wohnprojekten führen (vgl. CoHousing Berlin o.J.; wohnprojekte-portal o.J.).

Bei der weiterführenden Recherche konnte festgestellt werden, dass viele Baugemeinschaften über eigene Webseiten verfügen. Die Inhalte dieser Seiten wurden hinsichtlich der Fragestellung analysiert.

## **6.2) Leitfadengestütztes Interview**

Um näher auf die subjektive Perspektive von Baugemeinschaften zum Thema Gentrifizierung eingehen zu können habe ich mich dazu entschieden qualitative Interviews zu führen. Hier gestaltete sich der Zugang zum Feld nicht so einfach. Von den zehn Baugemeinschaften aus Hamburg und Berlin, die ich per E-Mail für ein Interview angefragt habe, meldeten sich lediglich zwei Gruppen zurück, welche sich dann auch für ein Interview bereit erklärten. Für die vorliegende Arbeit war jedoch nur das Material aus einem Interview relevant, da ich das andere Interview mit einer Person geführt habe, die lediglich für sich und nicht repräsentativ für die Gruppe sprechen konnte.

Das empirisch relevante Interview habe ich mit zwei Mitgliedern der Baugemeinschaft „Schipperort“ aus Wilhelmsburg geführt. Nachdem ich das erste mal Kontakt mit ihnen aufgenommen habe, wurde meine Bitte im Hausplenum besprochen. Daraufhin haben sich zwei Personen bereit erklärt mit mir zu reden. Das Interview fand in einer Wohnung der Baugemeinschaft statt. Bei der Form des Interviews habe ich mich für ein leitfadengestütztes Interview mit offenen Fragen entschieden. Dies gewährleistet den Interviewten einen gewissen Spielraum zur Entfaltung ihrer Perspektiven. So kann auch auf andere Themen, die im Vorfeld nicht bedacht wurden eingegangen werden (vgl. Kaspar: 76). Das Interview wurde aufgenommen und anschließend transkribiert, um bei Bedarf Zitate in der Arbeit verwenden zu können.

## **7) Selbstpositionierung der Baugemeinschaften im Gentrifizierungsdiskurs**

Die enorme Kritik an Baugemeinschaften ist dadurch bedingt, dass dieses Konzept zu Bauen und zu Wohnen von Politik und Stadtplanung als ein Mittel sozialer Stadtentwicklung dargestellt wird. Dadurch, dass Baugemeinschaften so exponiert in der Öffentlichkeit stehen und sich als Gruppe häufig ganz bewusst dem Stadtteil präsentieren, wird es nun möglich Gentrifizierungskritik direkt an die neuen Nachbar\_innen zu richten, anstatt nur an eine anonyme Masse der Zugezogenen, die Stadtpolitik oder an Akteure der Immobilienwirtschaft. Die Spannung in diesem Konflikt ergibt

sich dabei aus dem Umstand, dass grade Mitglieder von Baugemeinschaften das Ideal der Eigenverantwortlichen Individuen verkörpern, die durch ihre Wohnpraxis den Anspruch äußern, positiv auf die Gesellschaft einzuwirken. Die Tatsache, dass sich viele Baugemeinschaften dieser Kritik stellen und Standpunkte zum Thema Gentrifizierung veröffentlichen, eröffnet die Perspektive der vermeintlichen Gentrifizierer und verschiebt die Konfliktlinien im Gentrifizierungsdiskurs auf eine moralische Ebene. Die für den Gentrifizierungsdiskurs relevanten normativen Moralvorstellungen einer Gesellschaft, sowie alle sozialen und räumlichen Wirklichkeiten sind immer ein gesellschaftliches Produkt diskursiver Aushandlungen (vgl. Glasze/ Mattissek 2009: 11). Daher ist es von Bedeutung, die Selbstpositionierung der Baugemeinschaften im Gentrifizierungsdiskurs zu analysieren. Im Folgenden werden zunächst anhand von drei Fallbeispielen die Standpunkte von Baugemeinschaften dargelegt. Im darauf folgenden Kapitel werden diese dann diskutiert.

### **7.1) Baugemeinschaft „Wohnen am Hochdamm“**

Die Baugemeinschaft Wohnen am Hochdamm befindet sich in der Kiefholzstraße 418 im Berliner Stadtteil Alt-Treptow. Das Wohnhaus umfasst 65 Wohnungen und wurde 2013 fertiggestellt. Der ganze Bau wurde begleitet durch die Kritik von der Stadtteilinitiative Karla Pappel. Für Aufsehen sorgte die Baugemeinschaft, als sie als Antwort auf diese Kritik auf ihrer Webseite ein Gentrifizierungs-Zertifikat veröffentlichte (vgl. Anhang 1: 42). Die Homepage der Gruppe ist inzwischen offline, das Zertifikat als pdf jedoch weiterhin downloadbar (vgl. Holm 2010).

Durch das Zertifikat bescheinigt sich das Projekt selber, dass es keine Auswirkung auf das Sozialraumgefüge habe. Es also durch sie zu keiner Gentrifizierung käme. Begründet wird diese Behauptung dadurch, dass durch das Neubauvorhaben niemand verdrängt werde. Außerdem entstehe keine Verschattung und es werde auch keine Aussicht beeinträchtigt. Das Viertel habe vielmehr Vorteile dadurch, dass neue Nachbarn hinzukommen. „Neue [...] Grußpartner, Bus-Mitwartesteher ebenso wie neue Kunden, Schulleitern, Gemeindeglieder.“ In die vorhandene Struktur des neuen Wohnorts wolle man sich umsichtig einfügen. Falls es doch mal zu Konflikten kommen solle, würde man sich diesen stellen und versuchen widersprüchlichen Sichtweisen ausdiskutieren.



## 7.2) Baugemeinschaft „R50“

Die Baugemeinschaft „R50“ befindet sich in der Ritterstraße 50 im nördlichen Bereich von Berlin-Kreuzberg. Der Neubau umfasst 19 Wohnungen mit jeweils ca. 100 qm Fläche und wurde 2013 fertiggestellt. Auch wenn sich das Wohnprojekt im Zentrum Berlins befindet, so zeichnet sich das Quartier durch einen peripheren Charakter aus, der nicht mit den Szenevierteln Kreuzbergs zu vergleichen ist. In den 1950er-Jahren wurden in diesem Gebiet moderne Siedlungsbauten realisiert. Bei dem Baugrundstück handelte es sich um einen ehemaligen Siedlungsparkplatz zwischen Zeilenbauten und einem Wohnturm mit 17 Stockwerken (vgl.: Käßlinger 2014).

Jesko Fezer, einer der Architekten des Projektes und gleichzeitig Bewohner der Hauses erklärt in einem Interview mit dem Online Blog Urbanophil, dass die Entscheidung für den Standort im Hinblick auf eine mögliche Gentrifizierung des Quartiers getroffen wurde. Innerhalb der Baugemeinschaft gibt es einige Menschen, die sich, auch beruflich, mit Fragen der Stadtentwicklung auseinandersetzen und die das Bauvorhaben als ein „baulichstädtisches Experiment“ angegangen sind (Berkes 2011). Man habe das Quartier „[...] dahingehend erörtert, wie resistent das Gebiet gegen Gentrifizierung ist und andererseits, wie stark unser Bauprojekt gentrifizierende Dimensionen hat“ (ebd.). Ihre Analyse habe ergeben, dass es sich um ein relativ gentrifizierungsresistentes Gebiet handelt, so Fezer. Zum einen, weil es kaum Altbaustruktur sondern hauptsächlich normierten sozialen Wohnungsbau gebe. Dieser habe im Vergleich zur Altbaustruktur nicht nur ästhetische Defizite, sondern mache es schwieriger „[...] verschiedene Funktionen aufzunehmen – vom Biobäcker bis zu größeren Wohnflächen“ (ebd.), welche oft die Attraktivität von Quartieren ausmachen. Zudem sei das Viertel baulich so disparat, dass sich eine gewisse Dichte nicht formen können (vgl. ebd.).

Um die „[...] vorhandenen Verwertungsresistenzen [...]“ zu stützen wurde zudem auf eine spezielle Ästhetisierung des Gebäudes geachtet. Man habe „[...] das Haus eher wie einen Bürobau aussehen lassen und nicht wie ein Townhouse-Projekt“ (ebd.).



Abb. 3: Baugemeinschaft „R50“

Quelle: Metropolis Mag o.J.

Gleichzeitig sind sich die Bewohner\_innen der „R50“ bewusst, dass der Prozess der Gentrifizierung komplex ist und ein einzelnes Haus nur eine kleine Rolle spielen kann. Fezer deutet an, dass sich im Viertel Formen kultureller oder sozialer Transformation zeigen und nennt als Beispiel einen Club, sowie ein Urban Gardening Projekt. Kulturelle Transformationen hält er aber für wichtig und bezeichnet sie als einen „[...] elementaren Bestandteil städtischer Prozesse“ (ebd.). Die Gruppe versuche vielmehr sich mit ihrem Projekt kritisch zum Thema Immobilien-Spekulation zu positionieren.

„Das Projekt ist nicht auf Spekulation ausgelegt. Das rührt nicht allein daher, dass ein Vorkaufsrecht für die Gruppe festgeschrieben ist oder daher, dass man nicht einfach ausziehen und die Wohnung teuer beliebig vermieten kann, sondern ist gleichfalls im Haus selbst angelegt. Man könnte sagen, es zeigt bestimmte Schäden: Es hat nicht diese Wertigkeit, es hat den Umlauf, der alle Wohnungen auch ein Stück weit verletzt oder verbindet, es hat Standardbäder. Das sind architektonische Versuche, die von der Gruppe getragen werden, um auf allen Ebenen – vom Vertrag [GbR Vertrag, d. Verf.] über das Soziale bis zum Gebäude – diese Form von Aufwertung auch innerhalb des Hauses im Griff zu behalten“ (ebd.).

### 7.3) Baugemeinschaft „Schipperort“

Von 2006 bis 2013 fand im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg eine Internationale Bauausstellung (IBA) statt. Die IBA wurde begleitet von der Kritik, als Top-Down Instrument der Stadtplanung eine Aufwertung des ehemals vernachlässigten Stadtteils zu verfolgen und damit Verdrängungseffekte auszulösen (vgl. Walkley 2008). Die

Baugemeinschaft „Schipperort“ ist Teil des IBA Projekts „Open House“. Durch eine Zusammenarbeit der steg (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft, Hamburg) der Baugenossenschaft Schanze e.G., sowie der Baugemeinschaft sind insgesamt 44 neue Wohnungen entstanden. Das Gebäude besteht aus drei Flügeln. Im Südflügel sind durch die steg sieben frei finanzierte Stadthäuser, fünf Dachlofts und eine Maisonettewohnung errichtet worden. Die Baugemeinschaft befindet sich im Westflügel und im Ostflügel befinden sich weitere geförderte Mietwohnungen, die durch die Schanze e.G. realisiert wurden (vgl. IBA Hamburg o.J.).

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff Gentrifizierung fand für viele Mitbewohner\_innen schon vor der Gründung der Baugemeinschaft statt. Schließlich seien viele politisch interessiert und zum Teil auch in politisch linken Zusammenhängen organisiert, in denen man sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt habe. Das Thema war für viele auch während der Planungsphase des Projekts präsent wurde aber nicht wirklich auf die Gruppe bezogen.

„Also wer ne Baugemeinschaft gründet hat ja meistens ne Idee warum er irgendwo hingeht und wie er wohnen will und beschäftigt sich schon damit wie wirke ich denn in dieses Quartier und dann kommt man natürlich um diesen Begriff nicht rum. Aber das mit sich selbst in Verbindung bringen ist dann ja nochmal ein anderer Schritt“ (Anhang 2: 45).

Die Gruppe habe es recht lange aufgeschoben einen gemeinsamen Standpunkt zum Thema Gentrifizierung zu erarbeiten, da sie in der Planungszeit mit vielen anderen Dingen, wie z.B. der Finanzierung oder der Zusammenarbeit mit den Architekturbüros beschäftigt gewesen waren. Der Umstand, dass die Gruppe nach dem Konsensprinzip Entscheidungen trifft, kam erschwerend hinzu.

„Wir entscheiden alles im Konsens. Und die Frage wie viel Raum nehmen bestimmte Debatten im Plenum ein muss sich immer wieder an dem Zwang messen lassen. Im Endeffekt muss alles, was im Rahmen der Gruppe entschieden wird muss dann auch im Konsens entschieden werden“ (Anhang 2: 46).

Das Empfinden, sich öffentlich erklären zu müssen kam 2008 auf, als die IBA in das Projekt eingestiegen ist. Die Zusammenarbeit mit der IBA sei eine ganz bewusste Entscheidung gewesen, die der Gruppe vor allem auf finanzieller Ebene geholfen habe, sowie weitere Privilegien verschafft habe. Gewisse Ansprüche an die Qualität des Hauses, z.B. was die ökologischen Standards betrifft, hätten ohne die Partnerschaft nicht erfüllt werden können. Zudem habe man durch die Teilnahme an der IBA gewisse Zugeständnisse von der Stadt hinsichtlich der Förderung bekommen. So durften vorgegebene Wohnflächen,

als auch Einkommensgrenzen überschritten werden.

„Ja als wir als Gruppe angetreten sind [...] da sind wir damals losgelaufen und haben gesagt wir haben jetzt alle Wohnungen in Stadtteilen wo Gott und die Welt hin will und die geben wir jetzt auf und da wollen wir keine Nachteile von haben. [...] Und wir haben damals erstmal rausgekriegt, dass wir Flächenüberschreiter haben durften und Einkommensüberschreiter. Wir sind deswegen nicht reich, aber die Wohnungen sind eben nicht so geschnitten, dass man nicht immer die Flächen hinkriegt, die man haben dürfte im öffentlichen Wohnungsbau, es lässt sich gar nicht machen. Aber die Stadt hat dem auch aktiv zugestimmt. Und wir haben auf dieser Basis [...] haben wir trotzdem ne Finanzierung hingekriegt und Zuschüsse. Das wäre nicht ohne die IBA gegangen“ (Anhang 2: 50).

Die Kritik an der IBA ging auch nicht an der Baugemeinschaft und den anderen Parteien des Gebäudes vorbei. Man habe die negativen Aspekte der Zusammenarbeit aber von Anfang gesehen und war sich bewusst, dass Kritik auf einen zukommen würde. Dieser wollte man sich aber auch gerne stellen. Die Tatsache als Baugemeinschaft ein Instrument in einem Stadtentwicklungsplan zu sein wurde von den Bewohner\_innen kritisch reflektiert.

„Ja ich mein die Stadt fördert das ja auch, weil sie sich bewusst von Baugemeinschaften was verspricht. Also das soll der Durchmischung des Stadtteils auch helfen. Das ist ein ganz klares städtepolitisches Instrument und in dem Moment, wo das so ist muss man als halbwegs politischer Mensch natürlich gucken, will ich mich da so nahtlos einfügen“ (Anhang 2: 49)?

Neben der allgemeinen Kritik an der IBA richtete sich konkrete Kritik an dem Bauprojekt über einen Artikel eines lokalen Stadtteilmagazin, der Inselrundschau. Außerdem wurde die Fassade des Hauses besprüht. Ansonsten wusste man, dass im Umfeld des Infoladens Wilhelmsburg, einem Treffpunkt der linksalternativen Szene Wilhelmsburg, kritische Töne zu hören waren. Die Gruppe bemängelte, dass sich niemand persönlich an sie gewendet hat und hatte den Eindruck, dass vor allem Gerüchte über das Projekt im Umlauf waren. Die vermehrte Kritik und die Meinung, dass diese zum Teil ungerechtfertigt war veranlasste die Gemeinschaft schließlich dazu ihren Standpunkt klar zu machen. Um einen direkten Kontakt zu Kritiker\_innen herzustellen wurde kurz überlegt eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema zu organisieren, was aber verworfen wurde. Stattdessen wurde eine Selbstdarstellung in Form eines Artikels angefertigt, in welchem sich die Gemeinschaft zum Thema Gentrifizierung positionierte.

„Das Problem ist, dass manche Akteure, die sehr große Kritik an einem haben, da gibt es halt keine Diskussion. Da gibt es keine Verbindung. Das ist eher oft das Problem. In den IBA Zeiten hat man schon so hinten rum mitbekommen da gibt es große Kritik, auch mit so Halbwahrheiten, das seien alles so Luxuswohnungen und so, irgendwie so ein komisches Bild. Und es gab dann halt die Möglichkeit darüber zu sprechen und zu sagen wie es

wirklich ist. Und das war auch der Grund für diesen Artikel so ein bisschen“ (Anhang 2: 47).

Die Ausfertigung des Artikels erfolgte wieder nach dem Konsensprinzip. Während der Planungsphase kam es häufiger vor, dass die Gruppe über ein Wochenende verreiste um sich über Belange des Projekts oder der Gemeinschaft auszutauschen. Eine dieser Gelegenheiten nutzen sie dann auch um ihren Standpunkt erarbeiten.

„Und an einem der Wochenenden haben wir erstmal angefangen Ideen zu sammeln. Also wirklich im Plenum, mit allen, die da waren. Und dann haben wir uns mit ner kleinen Redaktionsgruppe hingesetzt und haben versucht, die Ideen in so eine Art Zeitungsartikelentwurf zu kriegen. Und dann haben wir das wieder ins Plenum gegeben und abgestimmt. Und dann haben wir nochmal an den Formulierungen gebastelt, bis sie eben wirklich konsensfähig waren und nichts drin war, wo Einzelne gesagt haben das geht jetzt aber nicht. Und dann haben wir das an diesen Inselrundblick gegeben. Und dann haben wir es als pdf eben auch auf die Webseite geladen“ (Anhang 2: 46).

In ihrem Standpunkt erklärte die Baugemeinschaft, dass sie zukünftige, auch grade durch die IBA verursachte, Aufwertungsprozesse in Wilhelmsburg mit Sorge betrachten. Zudem äußerten sie konkrete wohnpolitische Forderungen. So sollen Mietsteigerungen unterbunden werden. Der Sozialwohnungsbau solle, überall in Hamburg, vorangetrieben werden. Außerdem solle die SAGA/GWG (ein großes kommunales Wohnungsunternehmen in Hamburg) und Baugenossenschaften verpflichtet werden, die Sozialbindung des geförderten Wohnungsbaus beizubehalten, sowie den Verkauf von ehemals gefördertem, sozialen Wohnungsbestand einzustellen. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, würden sich einzelne Gruppenmitglieder auch in unterschiedlichen Zusammenhängen engagieren. (Vgl. Anhang 3: 57f.)

Weiter sehe man ein Hauptproblem aber auch in der vergangenen Abwertung und Benachteiligung des Stadtteils. So vertritt die Gruppe die Meinung, dass Wilhelmsburg auch eine gewisse Aufwertung brauche und sie selber einen Teil dazu beitragen wollen. Eine eindeutige Positionierung für oder gegen Gentrifizierung sei daher nicht möglich, da sie ja selbst ein Teil der Gentrifizierung seien.

„Es gibt sozusagen von einem Großteil der Leute Aktivitäten oder dass man Sachen macht und klar man möchte in den Stadtteil hineinwirken. Und eigentlich gibt es da auch so einen Grundkonsens, dass der Stadtteil auch verändert werden muss. Dieser, dass der ...alles irgendwie dreckig ist und dies und das, die Schulen schlecht sind und so weiter. Das ist auch nichts wo man sagen kann das möchte man beibehalten“ (Anhang 2: 49).

Als einen Vorteil für den Stadtteil beschreiben sie die wirtschaftlichen Aktivitäten, welche die neuen Bewohner\_innen Wilhelmsburgs mit sich bringen. So hätte sich ein Buchladen im

Viertel ihrer Meinung nach bei einer weiteren Verschlechterung des sozialen Milieus nicht halten können. Und erst mit den neuen Gruppen im Stadtteil habe sich auch ein richtiger Supermarkt, nicht nur wie vorher die Discounter, halten können. Zwei Mitbewohner\_innen der Baugemeinschaft haben einen Bäckerladen eröffnet, in dem man auch Brötchen mit etwas schickerem Aufschnitt, aber zu günstigen Preisen bekomme. Sie sind der Meinung, dass durch die neue Kaufkraft die alteingesessenen Wilhelmsburger\_innen profitieren, wobei sie betonen, dass dies oft auch grade Menschen migrantischer Herkunft sind. So habe vor kurzem z.B. ein Türke aus dem Viertel einen Sushi Laden eröffnet. Eine ursprünglich aus Afghanistan stammende Familie betreibe den neuen Kumpir Laden. Auch die türkischen Gemüseläden würden zunächst ihren eigenen Vorteil sehen und sich weniger über immobilienwirtschaftliche Aspekte der Aufwertung Gedanken machen. „Die wollen, dass ihre Kunden Geld ausgeben. Und ob die Wohnungen schicker werden, und dass dabei eben auch andere Kunden bei ihnen nichts kaufen ist ihnen egal, wenn eben wieder welche kommen und mehr ausgeben“ (Anhang 2: 48)

Die Baugemeinschaft sei sich dem Widerspruch bewusst, der entstehe, wenn sie sich zum einen für eine gewisse Aufwertung, und zum anderen gegen die damit einhergehende Verdrängung ausspreche. Für diesen Widerspruch haben sie keine Lösung und bezweifeln auch, dass jemand anderes eine hat.

„Und ich finde, den richtigen Weg so, wo möglichst viele bleiben können und es bleibt bezahlbar und so. Den hat bis jetzt noch keiner beschrieben. Man kann immer sagen man will keine Auswüchse und man muss sich darin irgendwie verhalten, aber ich kenne irgendwie keinen Weg so. Wo man sagen kann also...es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Wir leben halt in einer Marktwirtschaft. Wie soll das denn gehen? Wie soll man denn in der Marktwirtschaft plötzlich in einer sozialistischen Utopie leben?“ (Anhang 2: 49).

## **8) Diskussion**

Die unterschiedlichen Positionierungen der Baugemeinschaften zeigen, dass ganz diverse Verständnisse für Prozesse der Gentrifizierung vorhanden sind. Die Gruppe „Wohnen am Hochdamm“ proklamiert mit ihrem Gentrifizierungs-Zertifikat, dass ihr Neubau niemanden direkt verdränge und der Zuzug ihrer Gruppe keinen nennenswerten Einfluss auf das sozialräumliche Gefüge hat und zeigt damit, dass sie wenig Ahnung von Aufwertungs- und Verdrängungsmechanismen haben. Die Anmerkung, dass durch ihren Neubau keine Verschattung entstehe und keine Aussicht beeinträchtigt werde, zeugt zudem davon, wo ihre Prioritäten bezüglich der Lebensqualität in ihrer Nachbarschaft liegen. Ihre Anwesenheit

im Stadtteil verstehen sie als Bereicherung für das soziale Umfeld. Auch wenn der Inhalt des Zertifikats auf eine Verharmlosung von Gentrifizierung hindeutet, so kann man doch sagen, dass die Gruppe Verdrängungsprozesse als etwas negatives betrachtet.

Die Baugemeinschaft „R50“ stellt sich als äußerst gentrifizierungskritisch dar. Der Anspruch durch ihr Bauvorhaben möglichst wenig Aufwertungseffekte auszulösen ist von Anfang an in ihrem Projekt integriert. Sie wissen jedoch, dass auch ihre Aktivitäten einen Einfluss auf ihr Umfeld hat. Mit dem Vorhaben, sich in einem Gebiet niederzulassen, das nicht so anfällig für Aufwertungsmaßnahmen ist, verfolgen sie die aus dem Anti-Gentrifizierungsdiskurs stammende Strategie der Dislokation (vgl. Holm 2013: 37). Durch die gezielte abwertende Ästhetisierung des Gebäudes setzt die Gruppe zudem ein Statement gegen symbolische Aufwertungsstrategien der Immobilienwirtschaft. Diese differenzierte Sicht offenbart ein hohes Fachwissen, welches zumindest Jesko Fezer, als Architekt und Professor der HfBK Hamburg, von Berufswegen mitbringt. Die breite Rezeption der Gruppe in diversen Fachmedien deutet aber darauf hin, dass es sich bei diesem Projekt eher um eine Besonderheit handelt.<sup>4</sup>

Die Gemeinschaft „Schipperort“ aus Wilhelmsburg ist sich ihrer Rolle als Aufwertungsinstrument bewusst. Die Gruppe ist der Meinung, dass der Stadtteil durchaus etwas Aufwertung gebrauchen könne und betont die positiven Begleiterscheinungen, die mit den neuen Anwohner\_innen (ihnen eingeschlossen) kommen. Neben der sozialen Mischung beziehen sie sich besonders auf positive ökonomische Effekte, von denen die alteingesessenen Bewohner\_innen profitieren würden. Sie sprechen sich ganz klar gegen die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile in Wilhelmsburg aus. Sie fordern stadtpolitische Maßnahmen, wie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und wollen sich auch als Gruppe hinsichtlich dieser Thematik stadtteilpolitisch engagieren, wollen also positiv in das Quartier hineinwirken. Gleichzeitig deuten sie aber an, dass sie keine Möglichkeit sehen, wie im marktwirtschaftlich organisierten Wohnungsmarkt eine Aufwertung ohne Verdrängung passieren könne.

---

4) Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass der gentrifizierungskritische Aspekt des Projekts nicht in allen Publikationen über die „R50“ erwähnt wird (vgl. Becker et al. 2015: 106ff.).



Abb. 4: „Entschuldigung, Ich lebe auch gerne hier!“ Bewohner der Baugemeinschaft Zwillingshaus, Berlin.  
Quelle: Karla Pappel 2011

Die vielfältigen Rechtfertigungen der Baugemeinschaften zeigen, dass ein wesentlicher Aspekt eher beiläufig behandelt wird. Die Wohnorte sind von den Baugemeinschaften gezielt ausgesucht worden, die Mitglieder der Baugemeinschaften wollen an diesen Orten leben, wie dieser Bewohner einer Berliner Baugemeinschaft am Rande einer Demonstration gegen Baugemeinschaften und Gentrifizierung klarmacht.

So sehr die Baugemeinschaften auch als Teil von Verdrängung wahrgenommen werden, wie oben gezeigt wurde ist die Organisation in Baugemeinschaften oft selbst eine Strategie den Verdrängungsdruck in den Stadtteilen zu kompensieren und sich die begehrte Urbanität zu sichern. Kann man also auch bei Baugemeinschaften von einem Recht auf Stadt sprechen?

Der Diskurs um Baugemeinschaften bieten diverse Anknüpfungspunkte an das Recht auf Stadt. Der Wunsch nach mehr Partizipation und Eigenverantwortlichkeit im Urbanisierungsprozess hat seine Wurzeln in der Kritik an den rationalisierten, genormten Lebensentwürfen und der funktionalen Stadtlandschaft im Fordismus. Der Umstand, dass Baugemeinschaften vor allem in Innenstadt Nähe bauen kann als Abkehr vom Suburbanen, und als Begehren nach den urbanen Qualitäten gedeutet werden, die Lefebvre als so wichtig beschrieb.



Lefebvre verfasste seine Thesen zum Recht auf Stadt jedoch in Anbetracht von „[...] Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und HausbesetzerInnen, die sich gegen die Normierung und Rationalisierung des städtischen Alltags wehren und ihren Aneignungsweisen ‚Räume des Widerspruchs‘ antizipieren“ (Ronneberger 2015: 26, H.i.O.). Wenn nun das Konzept der Baugemeinschaften ganz in die Rationalität einer Stadtentwicklungspolitik passt, welche die innerstädtischen Viertel hinsichtlich der Wohn- und Konsumbedürfnisse der Bessergestellten anpasst, werden keine Räume des Widerspruchs gebildet.

Daher können Baugemeinschaften aus einer Recht auf Stadt Perspektive kritisiert werden. Heutzutage ist das Urbane so gefragt, dass es zu einem wichtigen ökonomischen Faktor für die Stadtpolitik wird. Der urbane Raum als solcher wird vermarktet (vgl. Schmid 2011: 43). Durch die Förderungsmaßnahmen der Kommunen werden Baugemeinschaften im Sinne der unternehmerischen Stadt instrumentalisiert.

„Dem Flexiblen Postfordismus gelang es durch neue Identitäts- und Konsumangebote, auf bestimmte Anliegen der sozialen Bewegungen einzugehen und Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Auch soziale Eigenschaften wie Kreativität und Subjektivität sind inzwischen zu wichtigen Ressourcen der ökonomischen Verwertung geworden“ (Ronneberger 2015: 27).

Die Baugemeinschaften werden demnach gezielt eingesetzt um Stadtteile aufzuwerten und werden so in den Dienst der allgemeinen Verwertungslogik kapitalistischer Städte gestellt. Dies läuft der Utopie Lefebvres zuwider. Denn mit der vollständigen Verstädterung der Gesellschaft hat Lefebvre „[...] eine nicht-kapitalistische, durchweg kollektiv gestaltbare und individuell erlebbare Gesellschaft gemeint“ (Vogelpohl 2015: 6). Was bedeutet, alle Aspekte des Lebens an ihrem Gebrauchswert zu bemessen. Die Förderung der Baugemeinschaften orientiert sich aus Perspektive der Kommunen jedoch vornehmlich am Tauschwert.

In der konflikthaften Situation, die sich durch die Kritik an den Baugemeinschaften entfaltet, kann man jedoch nach Lefebvre einen Moment urbaner Differenz sehen. Ausgehend von Lefebvres These, nach der die Differenz zur gesellschaftlichen Transformation führe, lässt sich nun fragen, welche Potenziale dieser Konflikt freisetzen kann. Die Selbstpositionierungen der Baugemeinschaften, als Reaktion auf die Kritik, hat auch gezeigt, dass alle Gruppen die Verdrängung von Menschen aus ihrem Wohnumfeld als etwas negatives empfinden. Die Baugemeinschaften „R50“ und „Schipperort“ sind sich

zudem der Instrumentalisierung von Baugemeinschaften bewusst, setzen sich in einem beträchtlichen Maße mit dem Thema Gentrifizierung auseinander und versuchen auf unterschiedlichen Wegen der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile entgegenzuwirken.

Im Anschluss an die Überlegungen von Marcuse, nach denen ein Recht auf Stadt für Alle nur in Zusammenarbeit zwischen den Marginalisierten und den Entfremdeten zu schaffen sei, kann man diskutieren, wie es gelingen kann das vorhandene allgemeine gesellschaftskritische, und im speziellen das gentrifizierungskritische Potenzial der Baugemeinschaften für ein Recht auf Stadt fruchtbar zu machen. Der Bezug auf Lefebvres Überlegungen zu einer am Gebrauchswert orientierten Gesellschaft kann die Diskurslinien in der Gentrifizierungsdebatte schließlich auch zu einem Punkt führen, der von kritischen Stadtforscher\_innen als einzig wirksames Mittel gegen Gentrifizierung bezeichnet wird. Die Dekommodifizierung von Wohnraum (vgl. Holm 2014: 105).

Die Kritik am Konzept der Baugemeinschaft ist unerlässlich für den Moment der Differenz. Aus Perspektive von Recht auf Stadt Initiativen gilt es jedoch zu hinterfragen, welche Formen der Kritik man anwendet. Die Gruppe „Wohnen am Hochdamm“ hat ihre Webseite nach der enormen Kritik an ihrem Projekt vom Netz genommen, sich also wieder aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Die zum Teil gewaltverherrlichenden Äußerungen wie „Yuppies aufs Maul“ seitens einiger Gentrifizierungskritiker\_innen zeugen von einem Mangel an städtischem Bewusstsein. Diese Form der Kritik kann nicht als eine konflikthafte Konfrontation in Sinne Lefebvres verstanden werden, da sie zu Abschottung führt und somit ein Verständnis füreinander, und die Möglichkeit auf urbane Differenz verhindert.

## **9) Fazit**

Am Beispiel von Baugemeinschaften verdichten sich gleich mehrere wichtige Aspekte der Stadtentwicklung der letzten Jahrzehnte. Der gesellschaftliche Strukturwandel zum Postfordismus war gekennzeichnet durch ein Aufbegehren, gegen die normierten Lebensverhältnisse in der funktionalen Stadt des Fordismus. Baugemeinschaften, als eine Form der wohnpolitischen Selbsthilfe, haben ihre Wurzeln in den Kämpfen gegen die fordistische Stadt. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen haben schließlich zu einer vermehrten Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum geführt. Urbanität ist in der Folge zum Standortfaktor für die unternehmerische Stadt geworden.

Im Bestreben möglichst zahlungskräftige, gut qualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmen an die Stadt zu binden, wird die Revitalisierung der Innenstadtbereiche weiter forciert. Dies führt jedoch zu einem umkämpften Wohnungsmarkt, auf welchem ärmere Menschen das Nachsehen haben und in die Randbezirke verdrängt werden. Die Städtische Inwertsetzungsökonomie hat eine verstärkte Gentrifizierung der Innenstädte zur Folge.

In Bezug auf Gentrifizierung können Baugemeinschaften als Mittel gesehen werden, sich gemeinschaftlich gegen den Verdrängungsdruck zu wehren. Eine Strategie, die aber sozial und ökonomisch Bessergestellten vorbehalten ist. Weiter werden Baugemeinschaften von Kommunen gefördert und als ein Entwicklungsinstrument eingesetzt, weshalb sie oft als Aufwertungsfaktor wahrgenommen werden. Vom ursprünglich subversiven Faktor der Selbsthilfe ist nicht mehr viel übrig. Das Konzept der Baugemeinschaft geht gut einher mit der Vermarktung von Urbanität und der neoliberalen Stadtentwicklung.

Dem durchweg positiv geführten Diskurs über Baugemeinschaften seitens der Kommunen, wird zunehmend mit Kritik begegnet. Die Tatsache, dass sich Baugemeinschaften dieser Kritik stellen und eigene Standpunkte zum Thema Gentrifizierung kommunizieren, deutet auf ein grundlegendes gesellschaftskritisches Selbstverständnis vieler der Gruppen hin. Der Inhalt der Positionierungen wiederum offenbart, dass ganz unterschiedliches Wissen über die Thematik vorhanden ist. Insgesamt kann man aber sagen, dass sich die Baugemeinschaften gegen eine Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten aussprechen.

Am Beispiel der Baugemeinschaft „Schipperort“ wurde deutlich, wie im Gentrifizierungsdiskurs die ökonomischen Zwänge im Kapitalismus zwar abgelehnt, aber als Rechtfertigung für eventuelle Verdrängungserscheinungen herangezogen werden. Geht man davon aus, dass eine soziale Wohnraumversorgung in der Stadt langfristig nur über die Dekommodifizierung des Wohnraums möglich ist, lässt sich hinsichtlich des Recht auf Stadt für alle fragen, wie eventuell (noch) vorhandenes subversives Potential in den Baugemeinschaften für städtische soziale Bewegungen nutzbringend gemacht werden kann.

## Literaturverzeichnis

Becker, Annette/ Kienbaum, Laura/ Ring, Kristien/ Cachola Schmal, Peter (Hg.) (2015):  
Bauen und Wohnen in Gemeinschaft. Ideen, Prozesse, Architektur. Basel.

Elias, Norbert/ Scotson, John L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Berlin.

Frank, Susanne (2013): Innere Suburbanisierung? Mittelschichteltern in den neuen  
deutschen Stadtregionen. In: Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (Hg.): Polarisierete  
Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung die Stadtpolitik. Frankfurt  
am Main. S. 69-89

Glasze, Georg/ Matissek, Annika (2009): Diskursforschung in der Humangeographie:  
Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Dies. (Hg.):  
Handbuch Diskurs und Raum. Bielefeld. S. 11-59.

Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in  
Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim und München.

Häußermann, Hartmut/ Läßle, Dieter/ Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am  
Main.

Holm, Andrej (2013): Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um  
Aufwertung und Verdrängung. Münster.

Holm, Andrej (2014): Gentrification. In: Belina, Bernd/ Naumann, Matthias/ Strüver, Anke  
(Hg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster. S. 102-107.

Kaspar, Heidi (2014): Die Stadt im Interview. In: Belina, Bernd/ Naumann, Matthias/  
Strüver, Anke (Hg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster. S. 75-80.

Koch, Gertraud (2014): Ethnografieren im Internet. In: Bischoff, Christine/ Oehme-  
Jüngling, Karoline/ Leimgruber, Walter (Hg.): Methoden der Kulturanthropologie.  
Bern. S. 367-382.

Lefebvre, Henri (2016): Das Recht auf Stadt. Hamburg.

Marcuse, Peter (2012): Whose right(s) to what city?. In: Brenner, Neil/ Marcuse, Peter/ Mayer, Margit (Hg.): Cities for People, Not for Profit. New York. S. 24-41.

Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Gebhardt, Dirk/ Holm, Andrej (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg. S. 53-78

Müller, Hannes (2015): Baugemeinschaften als städtebauliches Entwicklungsinstrument. Wiesbaden.

MWEBWV (Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) (2010): Baugruppen und Wohngruppenprojekte. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.

Schipper, Sebastian (2014): Die unternehmerische Stadt. In: Belina, Bernd/ Naumann, Matthias/ Strüver, Anke (Hg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster. S. 97-101.

Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. In: Gebhardt, Dirk/ Holm, Andrej (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg. S. 25-52.

Siebel, Walter (2016): Die Kultur der Stadt. Berlin.

Suckow, Christiane (2009): Baugemeinschaften in Berlin. Wohnwünsche, Haushaltseinkommen und Finanzierung, Haushalts- und Sozialstruktur. Projekte 2002-2008. Berlin.

Szypulski, Anja (2008): Gemeinsam bauen – gemeinsam wohnen. Wiesbaden.

- Rumpfhuber, Andreas (2012): Vienna`s Housing Apparatus and its Contemporary Challenges: Superblock turned Überstadt. In: Derive – Zeitschrift für Stadtforschung. Heft Nr. 46. S. 25-29.
- Ronneberger, Klaus (2015): Henri Lefebvre und die Frage der Zentralität. In: Derive – Zeitschrift für Stadtforschung. Heft Nr. 60. S. 23-27.
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital, not People. Journal of the American Planners Association. Band 45, Ausgabe Nr. 4, S. 538-548.
- Vogelpohl, Anne (2015): Die Begriffe Stadt und Urbanisierung bei Henri Lefebvre. Eine Inspiration für Recht auf Stadt-Bewegungen heute. In: Derive – Zeitschrift für Stadtforschung. Heft Nr. 60. S. 4-8.
- Wiegand, Felix (2016): David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung. Münster
- Zukin, Sharon (2013): Moralische Landschaften. In: Hauser, Susanne/ Kamleithner, Christa/ Meyer, Roland (Hg.): Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften. Bielefeld. S. 354-365

## Onlinequellen

Berkes, Christian (2011): Gespräch zur Baugruppe R50 in Berlin. (<http://www.urbanophil.net/stadtentwicklung-stadtpolitik/gesprach-zur-baugruppe-r50-in-berlin/#comments>, 17.06.2016)

BSW (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen) (ohne Jahreszahl):  
Zentrale Beratungsstelle. Agentur für Baugemeinschaften. (<http://www.hamburg.de/agentur/3710024/agentur-baugemeinschaft/>, 15.06.2016)

CoHousing Berlin (ohne Jahreszahl): Projekte. (<http://www.cohousing-berlin.de/de/projekte>, 13.07.2016)

Holm, Andrej/ Schöning, Barbara/ Gardemin, Daniel/ Rink, Dieter (2015): Städte unter Druck. (<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/juni/staedte-unter-druck>, 22.07.2016)

Metropolis Mag (ohne Jahreszahl): Don't Call It A Commune. (<http://www.metropolismag.com/May-2015/Dont-Call-It-A-Commune/>, 24.07.2016)

IBA Hamburg (ohne Jahreszahl): Open House. (<http://www.iba-hamburg.de/projekte/open-house/projekt/open-house.html>, 22.07.2016)

Karla Pappel (ohne Jahreszahl): Karla Pappel. (<https://karlapappel.wordpress.com/about/>, 24.07.2016)

Karla Pappel (2011): Der Kampf der Baugruppen. (<https://karlapappel.wordpress.com/2011/09/08/der-kampf-der-baugruppen/>, 24.07.2016)

Karla Pappel (2015): Schmunzelecke. (<https://karlapappel.wordpress.com/2015/12/02/schmunzelecke/>, 24.07.2016)

Käpplinger, Claus (2014): Individualität in Gemeinschaft ist möglich. Wohnhaus R50, Berlin. ([http://www.dbz.de/artikel/dbz\\_Individualitaet\\_in\\_Gemeinschaft\\_ist\\_moeglich\\_Wohnhaus\\_R50\\_Berlin\\_1946554.html](http://www.dbz.de/artikel/dbz_Individualitaet_in_Gemeinschaft_ist_moeglich_Wohnhaus_R50_Berlin_1946554.html), 20.06.2016)

Nowak, Peter (2015): Klassenkampf im Stadtteil. (<https://www.direkteaktion.org/227/klassenkampf-im-stadtteil>, 24.07.2016)

Schanze e.G. (ohne Jahreszahl): Projekte. (<http://www.schanze-eg.de/projekte-auswahl/>, 13.07.2016)

Schröder, Axel (2015): Baugemeinschaften. Bezahlbares Wohnen durch staatliche Förderung. ([http://www.deutschlandfunk.de/baugemeinschaften-bezahlbares-wohnen-durch-staatliche.697.de.html?dram:article\\_id=331719](http://www.deutschlandfunk.de/baugemeinschaften-bezahlbares-wohnen-durch-staatliche.697.de.html?dram:article_id=331719), 15.06.2016)

Stattbau-Hamburg (ohne Jahreszahl): Wohnprojekte und Baugemeinschaften. (<http://www.stattbau-hamburg.de/index.php/wohnprojekte-baugemeinschaften.html>, 13.07.2016)

Walkley, Mary Anne (2008): Kämpfen im Herzen der Stadt. ([https://www.akweb.de/ak\\_s/ak534/10.htm](https://www.akweb.de/ak_s/ak534/10.htm), 24.07.2016)

wohnprojekte-portal (ohne Jahreszahl): Projekte ansehen, finden, vorstellen. (<http://www.wohnprojekte-portal.de/projekte-suche.html>, 13.07.2016)



## **Anhang**

Anhang 1: Gentrifizierungs-Zertifikat .....	42
Anhang 2: Interview mit der Baugemeinschaft „Schipperort“ .....	43
Anhang 3: Selbstdarstellung „Schipperort“ .....	57

## Anhang 1: Gentrifizierungs-Zertifikat der Baugemeinschaft „Wohnen am Hochdamm“

GEMEINSCHAFTLICHES BAUPROJEKT IN BERLIN-TREPTOW | WWW.WOHNEN-AM-HOCHDAMM.DE



**Unser Baugruppenprojekt ist gentrifizierungs-zertifiziert!**

**Kein umliegend Wohnender nimmt Schaden, niemand wird direkt durch dieses Naubauvorhaben verdrängt. Keine Verschattung wird erzeugt, keine Aussicht nennenswert beeinträchtigt. Ein Brache mit all ihren D. - und P.- ecken bedingten Folgen verschwindet, neue begrünte Aussichten entstehen! Neue Nachbarn kommen hinzu, neue Grußpartner, Bus-Mitwartesteher ebenso wie neue Kunden, Schulleitern, Gemeindeglieder.**

Wir beabsichtigen uns mit der entsprechenden Umsicht und Voraussicht in die gegebene Struktur am neuen Wohnort und Lebensmittelpunkt zu integrieren. Dennoch wollen wir möglichen Konfrontationen durch widersprüchliche Sichtweisen offen begegnen und ihnen ggf. auch einen begrenzten sachlichen Rahmen geben (Veranstaltungen u.a.).

Stammtischreduzierte Kampfansagen, plumpe und undifferenzierte verbale Konfrontation oder auch Gewalt gegen Sachen lehnen wir ab und verstehen sie als eine strukturelle Unfähigkeit sich mit (Neu-) Entwicklungen und Veränderungen grundsätzlich konstruktiv auseinander setzen zu wollen und andere als die eigenen Sicht- und Lebensweisen zu akzeptieren.

**Wir sind keine Großverdiener und mutwilligen Sozialraumgentrifizierer!**

\* Zugegeben, wir haben unserem Projekt hier selber ein Gütesiegel verpasst. Wir vermissen eine, in Abhängigkeit zur Komplexität des Problems möglicher sozialräumlicher Folgen von Bewohnerveränderungen angemessen differenzierte Darstellung über Neubauprojekte, die Menschen dahinter sowie andere Ursachen für Entwicklungen.

 Ein Projekt der BAWAMM GmbH

## **Anhang 2: Interview mit zwei Bewohner\_innen der Baugemeinschaft „Schipperort**

Der erste Kontakt lief über die info e-mail Adresse auf der Webseite des Wohnprojekts. Auf die Anfrage, ob sich jmd. aus der Gruppe mit mir über die Selbstpositionierung der Baugemeinschaft im Gentrifizierungsdiskurs unterhalten wolle bekam ich recht schnell eine Antwort von Juliane Chakrabati. Sie schrieb mir, dass sie das erst im Hausplenum besprechen müsse und mir dann bescheid geben würde, ob jmd. Lust hat mit mir darüber zu reden. Nach ca. einem Monat kam dann die Zusage. Sie selber und Karim Jah wären bereit sich mit mir zu treffen. Das Interview fand am Dienstag den 21.06.2016 um 17 Uhr in der Wohnung von Juliane (es wurde von Anfang an geduzt) statt. Juliane hat mir Tee und Wasser angeboten und sagte, dass sich Karim wohl etwas verspätet. Sie hat nichts gegen eine Aufzeichnung des Gesprächs. Sie sagt, dass sich Karim beim letzten Termin mit einem Studenten auch schon verspätet hat. Ich frage sie, ob solche Termine häufiger vorkommen, was sie bejaht.

Interviewer: ...und was sind das so für Termine, die ihr so habt? Mit den Studierenden. Auch so zu ähnlichen Themen?

#00:00:14-4# Juliane: Also jetzt am Sonntag haben zwei Leute gefragt, ob sie am Freitag nochmal kommen dürfen. Die wollen zu dem Thema generationenübergreifendes Wohnen fragen. Letzte Woche hatten wir ne Frau von einer anderen Baugemeinschaft, die wollte wissen, was man in der Planungsphase bedenken muss. Zwei Wochen davor hatten wir Leute aus Amsterdam. Die waren über Stattbau vermittelt, über unseren Baubetreuer. In Amsterdam sind die dabei die Finanzierung zu ändern. Bislang war das offensichtlich so, dass Genossenschaften oder Baubetreuer oder Architekten, die als Investoren aufgetreten sind und dann haben die Leute das abbezahlt, so wie das hier auch so ist und Amsterdam will jetzt nur noch ne Eigenfinanzierung zulassen. Und damit ist das Aufkommen an Baugemeinschaften ziemlich zurück gegangen, weil sich die Regeln natürlich verändern. Und diese Gruppe da war von dem städtischen Büro, das das vermitteln sollte. Die wollten sich dann mal zu den Bedingungen schlau machen, wie man Leute trotzdem motiviert kriegt.

#00:01:21-1# Interviewer: Was soll das für einen Sinn haben. Also warum erlassen die denn sone Regelung?

#00:01:24-7# Juliane: Zinsen?

#00:01:24-7# Interviewer: Ja...

#00:01:24-7# Juliane: Der Geldmarkt verändert sich massiv.

#00:01:30-3# Interviewer: Ja...ok, gut. Ähm ja mein Thema ist ja Gentrifizierung. Vielleicht vorab nochmal, du sagtest ja ihr müsst das im Plenum entscheiden ob ihr mit mir sprechen wollt. Es gibt ein Hausplenum. Ähm und das sind ja hier so drei unterschiedliche Häuser zusammen. Ist das Plenum für den ganzen

Gebäudekomplex oder ist das nur für diesen Trakt des Hauses?

#00:01:50-7# Juliane: Es ist nur für diesen Trakt. Wir sind, vielleicht kommen wir da ja nochmal drauf, wir sind hier angetreten, als Baugemeinschaft, um in Wilhelmsburg ne Baugemeinschaft zu gründen und das Grundstück, was uns die Stadt anhand gegeben hat war für eine Gruppe viel zu groß. Das war für fünfzig Wohneinheiten geplant und dann haben wir Schwierigkeiten gehabt als wir angefangen haben zu Planen Investoren zu finden, oder Leute, die nach Wilhelmsburg wollten und ne Baugemeinschaft wollten. Und dann hat sich nach einigem hin und her, haben sich drei Investoren gefunden. Das eine ist unsere Baugemeinschaft, das andere ist die Schanze unsere Dachgenossenschaft und das dritte ist die Steg, das ist ne städtische Gesellschaft, die viele von den Sanierungen in der Schanze und im Karo Viertel gemacht hat. Und die hat nen Eigentümerflügel gebaut, das ist also der Dritte, der in Süden geht und die sind einfach an diesem Gebäudekörper dran. Aber als Baugemeinschaft mit entsprechenden gemeinschaftlichen Strukturen sind es nur wir.

#00:02:56-1# Interviewer: Ok...ok, alles klar. Und ähm ich hab im Internet gesehen, dass äh die Planungsphase geht ja schon seit 2003, die erste Planungsgruppe wurde 2003 gegründet. Ähm wann kam, wenn du das noch irgendwie erinnern kannst, wann kam der Begriff Gentrifizierung das erste mal auf?

#00:03:24-9# Juliane: (überlegt drei Sekunden) Also mit der IBA. 2008 sind die eingestiegen bei uns. Und also die meisten von uns hatten sich natürlich schon mit dem Thema und dem Begriff auseinandergesetzt, aber in anderen Zusammenhängen als in diesen. Also wer ne Baugemeinschaft gründet hat ja meistens ne Idee warum er irgendwo hingehet und wie er wohnen will und beschäftigt sich schon damit wie wirke ich denn in dieses Quartier und dann kommt man natürlich um diesen Begriff nicht rum. Aber das mit sich selbst in Verbindung ist dann ja nochmal ein anderer Schritt.

#00:03:58-9# Interviewer: Und dann ist 2008... ich hatte das immer so verstanden, dass das ein IBA Projekt ist. Aber die IBA kam dann jetzt erst dazu.

#00:04:04-6# Juliane: Die IBA kam später

#00:04:04-6# Interviewer: Ok.

#00:04:04-6# Juliane: Die IBA kam später, weil wir das nicht alleine finanzieren konnten, wir nach Finanzierungsquellen gesucht haben. Und die IBA hat eben den ökologischen Teil sehr gefördert. Und die IBA suchte damals Investoren um ihr Anliegen zu verwirklichen. Und wir suchten Sponsoren, wenn man so will. Das hat uns im Nachhinein sehr geholfen. Aber das ist nochmal ein anderes Thema, weil es uns auf verschiedenen Ebenen geholfen hat.

#00:04:31-5# Interviewer: Ok. Und ähm als das dann, im Zuge der IBA-Kritik nehme ich an, das Thema aufkam, wie ist dann die Gruppe damit umgegangen? Also wurde das irgendwie diskutiert, oder...

#00:04:48-4# Juliane: Also es gab verschiedene Phasen. Wenn man so eine Baugemeinschaft plant und baut dann geht das ja meistens mit seiner Vision los. Dann sucht man sich Mitstreiter für seine Vision und dann wird es immer verbindlicher und konkreter. Das habe ich mittlerweile festgestellt, dass das so typische Sollbruchstellen sind. So und dann fängt die Planungsphase an. Das heißt dann muss man Geld sammeln, dann muss man mit Architekten zu tun haben, dann fängt man an zu zeichnen. Und in dieser Zeit da bleibt erstmal kaum Zeit zum Atem holen. Und äh sich da nochmal mit dem Stadtteil zu beschäftigen oder mit so grundsätzlichen politischen Fragen ist ziemlich, also macht glaube ich keine Gruppe, die ich kenne. Und das fängt dann erst wieder an, wenn man so konkrete Bausteine hat. Also bei uns war es z.B. die Frage des Gemeinschaftsraums. Da konnte ein bestimmter Teil in den geförderten Wohnungsbau genommen werden. Und dann haben wir angefangen zu überlegen, was machen wir überhaupt damit?

Und dann fängt man natürlich an zu überlegen, in was für einem Stadtteil, also wie wird sich unser Dasein auf den Stadtteil auswirken? So. Und dann ist natürlich unabhängig von der IBA die Frage wer sind eigentlich unsere Nachbarn? Wie wirken wir auf unsere Nachbarn? So und dann ist man ganz schnell bei dem Thema. Und dann haben wir das erste mal uns ein bisschen ausführlicher damit beschäftigt. Ähm das hatte dann z.B. Auswirkung auf die Debatte um die Zielgruppe. Wer soll hier eigentlich mit einziehen? Oder für wen machen wir hier Veranstaltungen? Oder was machen wir denn im Stadtteil noch? Und ähm... aber dieses Thema so richtig als Gentrifizierung, zu sagen wir haben dazu auch nen Standpunkt und wir möchten in diesem Stadtteil auch irgendwie damit sichtbar werden, das war glaube ich erst 2012 oder so. Als wir das Haus bezogen haben. Und als wir dann auch nochmal konkret gemerkt haben, was bedeutet das in diesem ganz konkreten Kontext in dem wir hier sind. Ne, wie verändert sich der Stadtteil? Im positiven, im negativen. Wie nehmen das die Nachbarn wahr? Das sind ja nicht nur IBA Kritiker, sondern eben auch Leute, die das komisch finden, dass da plötzlich so ein relativ luxuriös aussehendes Haus da drin ist. Wie Leute, die einen einfach so als Nachbarn willkommen heißen. Und dann gibt es so eine Gemengelage der Diskussion darum.

#00:07:14-9# Interviewer: Ja, und ähm als dann so ein Standpunkt auch formuliert wurde, ich hab im Internet auch so ein pdf noch gefunden, so eine Selbstdarstellung, also da würde mich nochmal interessieren, wie das genau ausgearbeitet wurde. Wurde das im Plenum entschieden? Gab es da auch Diskussionen, fanden einige den Standpunkt nicht gut...kannst du dazu was sagen?

#00:07:36-8# Juliane: Mhm, kann ich. Also wir haben...also vielleicht nochmal zum Plenum. Wir entscheiden alles im Konsens. Also wir haben Leute hier bei uns, die relativ lange in der Friedensbewegung gearbeitet haben und die relativ früh bei ihrem Einstieg gesagt haben, sie möchten kein mehrheitsbasiertes Verfahren, sondern ein konsensbasiertes Verfahren im Projekt haben. Und jeder der dann eingestiegen ist musste sich dann damit auseinandersetzen. Und dann musste man eben auch Verfahren entwickeln. Das hat uns in der Planungsphase immer schon sehr beschäftigt. Weil die Architekten wollen natürlich nicht immer so lange warten...oder die Handwerker. Oder die kommen z.B. und wollen irgendwas bemustern und zeigen uns das und wir sagen vielen Dank wir reden mal im Plenum drüber und in vierzehn Tagen könnt ihr was hören dazu. Das ist immer schon stressig in seiner Zeit. Das hätten die gerne schneller gehabt. Aber für uns war das auch nur für einen Teil der Gruppe bekannt. Für viele war es unbekannt. Oder die hatten in ihrem

Alltag eben mehr mit mehrheitsbasierten Verfahren zu tun. Und wir hatten zwei drei mal Entscheidungen, wo wir auch den Konsens herbeiführen mussten zu einer extrem strittigen Frage, die dazu hätte führen können, das einzelne ausgestiegen sind. Und ähm die Frage wie viel Raum nehmen bestimmte Debatten im Plenum ein muss sich immer wieder an dem Zwang messen lassen. Im Endeffekt muss alles, was im Rahmen der Gruppe entschieden wird muss dann auch im Konsens entschieden werden. Das gibt dann immer so Wellen. Also es gibt Themen, die spricht man an und dann sagen die einen nee passt jetzt grade gar nicht. Da müssen wir mehr Zeit zu haben. Dann schiebt man sie und dann kommen sie irgendwann wieder. Ich sag mal n ganz anderes Beispiel. Es gab hier nen Antrag von Leuten aus unserer unmittelbaren Nachbarschaft unseren Gemeinschaftsraum für religiösen Unterricht zu nutzen. So. Und ähm das war den meisten aus der Gruppe, die fanden das nicht so sympathisch. Aber im Laufe der Debatte hat man sich dann gesagt naja hat das nur mit dieser spezifischen Religion zu tun? Würdest du dich bei allen Religionen so verhalten? Wie grenzt man das ab? Kann man dann hier nur keine Beschneidungsfeier abhalten, oder auch keine Taufe oder Kommunion? Ja und an dieser Stelle haben wir dann gesagt nee das können wir nun nicht in aller Gründlichkeit debattieren. Da müssen wir uns mehr Zeit lassen. Lass es uns erstmal dabei bewenden, diese speziellen Kurse können hier nicht stattfinden. Und bei der Gentrifizierung war das so ähnlich.

Also wenn man einmal anfängt so mit der Frage was machen wir mit dem Gemeinschaftsraum, wie ist das? Wollen wir hier eine Food Coop einrichten? Weil da wo wir jetzt wohnen haben wir eine Food Coop, aber wer von unseren Nachbarn soll eigentlich dabei sein? Also dann kommt irgendwann die Frage da müssen wir uns irgendwie zu verhalten. Wenn da plötzlich Schmierereien an den Wänden auftauchen. Oder wenn über diesen Inselrundblick irgendwie gewettert wird über Gentrifizierung oder egal was. Oder können wir einfach sagen wir wohnen hier erstmal, das ist ja nicht so ein Drama das können wir ja irgendwie später machen. Und in dieser Gemengelage hat das irgendwie so ein halbes, dreiviertel Jahr gedauert, bis wir so weit waren, dass wir gesagt haben wir wollen das Thema jetzt auch nicht weiter ruhen lassen sondern wir kennen hier Leute im Stadtteil, einige sind ja aus anderen Stadtteilen hierher gezogen, andere wohnten auch in Wilhelmsburg. Und haben auch in unterschiedlichen linken Zusammenhängen gelebt oder sich politisch engagiert. Andere waren da eher so...ein bisschen naiv. Ne, so. Und das...da haben wir überlegt lass uns mal was dazu machen. Und dann haben wir so ein Wochenende, wir haben zwischendurch mal, das war so vier, fünf mal, haben wir so ein Wochenende, wo wir zusammen hingefahren sind und gemeinsam gekocht haben und so. Und an einem der Wochenenden haben wir erstmal angefangen Ideen zu sammeln. Also wirklich im Plenum, mit allen, die da waren. Und dann haben wir uns mit ner kleinen Redaktionsgruppe hingesetzt und haben versucht, die Ideen in so eine Art Zeitungsartikelentwurf zu kriegen. Und dann haben wir das wieder ins Plenum gegeben und abgestimmt. Und dann haben wir nochmal an den Formulierungen gebastelt, bis sie eben wirklich konsensfähig waren und nichts drin war, wo Einzelne gesagt haben das geht jetzt aber nicht. Und dann haben wir das an diesen Inselrundblick gegeben. Und dann haben wir es als pdf eben auch auf die Webseite geladen.

#00:12:13-9# Interviewer: Mhm. Ok. Und wie sah dann der Standpunkt 2012 aus? Und vielleicht äh dann gleich die nächste Frage, hat er sich jetzt 2016 in irgendeiner Weise geändert?

#00:12:30-1# Juliane: Also (es klingelt an der Tür) ah jetzt kommt Karim. (Sie öffnet Karim die Tür. Karim kommt dazu und sagt Hallo. Juliane erklärt ihm, was wir schon besprochen haben und über was wir grade reden) Also der Standpunkt war, dass wir...dass wir glauben, dass es in einem städtischen Umfeld wie diesem, dass man um Prozesse wie Gentrifizierung gar nicht umrum kommt. Ähm und dass wir nicht eindeutig sagen können wir sind dafür oder wir sind dagegen, weil wir uns ja selber als Teil, wir sind selber Teil dieser Gentrifizierung. Und wir wollen auch, dass sich dieser Stadtteil entwickelt. Also das gab so Beispiele davon, wie z.B. dieser Bücherladen der hätte sich bei einer weiteren Verschlechterung des sozialen Milieu des Stadtteils nicht halten können. So. Oder erst als neue Gruppen gekommen sind ähm hat sich hier ein richtiger Supermarkt und nicht nur ein Discounter oder türkische Gemüseläden auch halten können. So, und ähm unsere Position ist, dass man mit diesen Widersprüchen, die sich dadurch ergeben auch ein Stück weit leben muss. Dass man eben, naja...wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt. Also dass man natürlich versuchen muss soziale Konflikte nicht entstehen zu lassen. Und das auch ein Stückchen weit auszugleichen, aber das ist irgendwie nicht geht sich nicht zu Verhalten und einfach stehen zu bleiben und zu denken dann geht das wohl an einem vorbei. Und ich würde sagen es hat sich bis 2016 nicht wesentlich geändert. Also wir merken schon, dass 2016 anders ist. Dass auch nochmal andere Leute bei uns einziehen, oder nachfragen. Das es am Anfang schwieriger war. Es gibt einzelne, die sich natürlich an anderen Stellen hier im Stadtteil engagieren als vorher. Und damit auch...so in einzelnen Fragen politisch unterschiedliche Aktivitäten oder Positionen entwickeln aber die beziehen sich alle nicht auf die Frage wie entwickelt sich dieser Stadtteil insgesamt und äh geht das, dass dieser Stadtteil sein Tempo beibehält und möglichst viele von denen hier bleiben können, die hier bleiben wollten. Und können wir Teil dieser Bewegung sein. Müssen wir uns als Teil derer verstehen, die andere ausgrenzen und die Preise hochtreiben und können wir aber auch sagen nee wir sind auch Teil dieser ganzen Bewegung, die dieser Stadtteil auch braucht.

#00:16:56-9# Interviewer: Ja, ok. Ähm Du sagtest ja grade es sind auch viele stadtteilpolitisch aktiv und ähm es ist ja so es ziehen viele Leute nach Wilhelmsburg, aber im Gegensatz zu euch als Baugemeinschaft müssen die sich irgendwie nicht erklären. Ihr steht irgendwie in der Öffentlichkeit ähm...also wie steht ihr dazu? Seid ihr da überhaupt in der Verantwortung euch dazu zu äußern, oder empfindet ihr das eher als Belastung, dass ihr so im Fokus der Öffentlichkeit steht? Jetzt auch grad durch die IBA als Projekt, als open house Projekt. Oder findet ihr das gut sone Diskussion irgendwie zu führen.

#00:17:43-1# Karim: Ich finde das selbstverständlich. Da haben wir uns drauf eingelassen. Das Problem ist, dass manche Akteure, die sehr große Kritik an einem haben, da gibt es halt keine Diskussion. Da gibt es keine Verbindung. Das ist eher oft das Problem. In den IBA Zeiten hat man schon so hinten rum mitbekommen da gibt es große Kritik, auch mit so Halbwahrheiten, das seien alles so Luxuswohnungen und so irgendwie so ein komisches Bild. Und es gab dann halt die Möglichkeit darüber zu sprechen und zu sagen wie es wirklich ist. Und das war auch der Grund für diesen Artikel so ein bisschen. Und zu IBA Zeiten stand man so ein bisschen im Fokus. Wir haben das dann ja auch versucht auszugleichen dadurch dass IBA Rundgänge hier enden und wir haben dann hier gegrillt und Biere verkauft. Und haben dann auch nochmal ne andere Version als die IBA Version weitergegeben. Das war so ein Teil den wir gemacht haben. Und man stand damals schon im Fokus aber ich fand das nicht schlimm. Manche aus dem Haus vielleicht

doch...aber das ist einfach so. Das ist jetzt aber viel, viel weniger. Jetzt muss man sich garnicht mehr erklären. Das war in der Zeit ne Bewegung gegen die IBA, und das hier ist ein IBA Projekt und so. Aber das ist eigentlich jetzt, finde ich, überhaupt nicht mehr so. Oder? Da hat man garnicht mehr das Gefühl, dass man sich erklären muss.

#00:19:07-7# Juliane: Ich finde, also wenn man sich das so anguckt über die Zeit dann ist das natürlich auch nicht, dass die Leute, die jetzt über Gentrifizierung reden oder sich ärgern, dass Wilhelmsburg sich verändert hat, dass die ne einheitliche Meinung haben. Also überhaupt nicht. Also es gibt hier die alteingesessenen Wilhelmsburger, die in diesem Verein Zukunft Elbinsel sind, die sehr, sehr viel Kritik an diesen Entwicklungen haben, die gleichzeitig aber immer das gefordert haben, was Gentrifizierungsgegner ablehnen. Nämlich dass hier Geld in den Stadtteil fließt. Und die selber auch auf ihre Weise versuchen so einen Widerspruch auszuhalten. Also es gibt ja jetzt so weitere Beteiligungsverfahren. Und die sagen dann immer ja wir müssen mehr als 30 Prozent geförderten Wohnungsbau haben, damit alle hier bleiben können. Aber gleichzeitig muss es irgendwie Geld geben von der Stadt, die hier investiert, damit es für die besser wird. Also das...ich finde das schließt sich so ein Stückchen weit aus. Zu sagen die Stadt muss einerseits dafür sorgen, dass möglichst viele Leute hier bleiben können und andererseits muss sie dafür sorgen, dass es allen wieder gut geht. Also so funktioniert der Markt nicht. Da muss man sich schon irgendwie dazu verhalten. Also will man, dass hier investiert wird und was bedeutet das dann für jeden Einzelnen? Das sind aber bestimmt nicht die Positionen von den Gemüseläden hier ringsum. Die wollen, dass ihre Kunden Geld ausgeben. Und ob die Wohnungen schicker werden, und dass dabei eben auch andere Kunden bei ihnen nichts kaufen ist ihnen egal, wenn eben wieder welche kommen und mehr ausgeben. Also die sehen das vielleicht unpolitischer. Oder wenn man sich diesen AK Umstrukturierung oder wie der hieß anguckte. Die haben gegen alles gewettert, was IBA war aber sind selber so eine Gruppierung, wo die meisten von denen irgendwann aus dem Stadtteil rausgehen werden, weil sie hier studieren, weil sie weder zu denen gehört haben, die gar kein Geld haben, noch sich aktiv auseinandergesetzt haben mit, also es gab damals und gibt jetzt immer noch eine Gruppe von Bulgaren im Reiherstiegviertel, die wahrscheinlich hergekommen sind in den Bau-Hochzeiten, da hat man immer Tagelöhner Strich gesagt. Also die haben morgens immer Arbeiter abgeholt, die irgendwo gebaut haben. Und viele sind dageblieben und zelten hier oder schlafen in ihren Autos. Das sind Leute, die leben hier wirklich unter prekären Bedingungen, denen geht es nicht nur schlechter als uns, das ist ganz klar, denen geht es auch schlechter als den meisten anderen in Wilhelmsburg. Auch denen die von Hartz 4 leben. Und ähm die positionieren sich erstmal überhaupt nicht politisch, weil die dazu gar keine Zeit und gar keine Kraft haben. Aber wenn jetzt andere kommen und sagen die sollen hier auch wohnen dürfen aber gleichzeitig soll hier auch kein Geld in den Stadtteil kommen, das sind dann alles so Widersprüche, das funktioniert nicht richtig. Das ist so naiv. Aber das kann man so plakativ an die Wände schreiben. So. Und an der Stelle haben wir mehr so versucht deutlich zu machen, dass wir auch keine Lösung für diese Widersprüche haben. Sondern dadurch, dass wir sind, wie wir sind und hier leben, wie wir leben irgendwie versuchen wollen mit möglichst vielen Menschen aus unserem Umfeld zu leben. Und ich glaube, also meine Erfahrung ist, dass ist uns auch abgenommen worden. So...Ich kannte nun schon ziemlich viele Leute aus dem Stadtteil und ich grad neulich jemanden getroffen, der eben seit Uhrzeiten dabei ist und der gesagt hat man darf das jetzt nicht so laut sagen im Verein, aber dass das doch richtig gut ist, da sind so gute Leute in den Stadtteil gekommen. Der Stadtteil



war schon richtig gut aber jetzt, mit denen die jetzt da sind hat das echt ne Chance, dass sich das entwickelt. Und so ähm gibt es viele, es hat auch schon damals welche gegeben die gesagt haben ach DU bist das, die hier in das weiße Haus gezogen ist, na dann ist das ja doch gut. Oder hier, zwei Mitbewohnerinnen von uns haben da diesen Bäckerladen aufgemacht. Wenn die mit den Menschen reden, da sagt kein Mensch ihr seid hier die, die gentrifizieren, sondern dass sind eben die, wo man günstige Brötchen kriegt. Und die auch versuchen jetzt auch etwas schickere Aufschnitte für bezahlbares Geld hierher zu kriegen. Oder so.

#00:23:17-8# Karim: Genau es gibt jetzt in dem Sinn...als Haus, nach diesem einen Artikel, gibt es nicht ne Position zu Gentrifikation. Es gibt sozusagen von einem Großteil der Leute Aktivitäten oder dass man Sachen macht und klar man möchte in den Stadtteil hineinwirken. Und eigentlich gibt es da auch so einen Grundkonsens, dass der Stadtteil auch verändert werden muss. Dieser, dass der ....alles irgendwie dreckig ist und dies und das, die Schulen schlecht sind usw. Das ist auch nichts wo man sagen kann das möchte man beibehalten. Also so einen Grundkonsens den wir jetzt nicht abgeklopft haben aber das ist schon so. Und dann gibts halt schon so ein paar die dann wirtschaftliche Sachen machen, ne da Kaffeeliebe im Atelierhaus, wo man dann einfach nochmal wirtschaftlich aktiv wird. Und es passiert ja auch einiges, es wird irgendwie...es hat ein Sushi Laden aufgemacht, das finden einige vielleicht ganz schlimm, das sind dann aber auch Leute die irgendwie..

#00:24:13-3# Juliane: Zweite Generation Einwanderer.

#00:24:13-3# Karim: Genau das ist dann ein Türke der früher, genau die haben den aufgemacht. Und wir finden das alle spitze. Und da gibt es natürlich, weil es ausgerechnet ein Sushi Laden ist, weil das ne, weil das ein Sushi Laden ist gibts da natürlich Leute sagen das ist GENAU Gentrifizierung wie aus Buche sozusagen. Na klar ist das teurer als nen Döner. Das ist jetzt aber nicht übertrieben teurer. Und die sind irgendwie nett und das passt irgendwie auch. Ich finde das, das sind Leute die bemühen sich. Oder auch Flutlicht und auch Kumpir, eine ursprünglich aus Afganistan kommende Familie, die halt hier das so betreibt. Und die müssen hart arbeiten. Und das ist ein hartes Pflaster und trotzdem machen sie das. Und manche finden das, also das Flutlicht jetzt vielleicht nicht, aber jetzt haben sie nen zweiten Laden wo man dann sagt naja das ist doch die Umstrukturierung, die man nicht möchte.

#00:25:12-1# Juliane: Ja und also ich glaube so...was man dabei einfach nicht vergessen kann, dass eben der siebte und der achte Dönerladen nicht existieren kann. Und das mag sein, dass das eben keine Gentrifizierungsstrategie ist aber es profitiert keiner davon. Und ich finde den richtigen Weg so, wo möglichst viele bleiben können und es bleibt bezahlbar und so. Den hat bis jetzt noch keiner beschrieben. Man kann immer sagen man will keine Auswüchse und man muss sich darin irgendwie verhalten, aber ich kenne irgendwie keinen Weg so. Wo man sagen kann also...es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Wir leben halt in einer Marktwirtschaft. Wie soll das denn gehen? Wie soll man denn in der Marktwirtschaft plötzlich in einer sozialistischen Utopie leben? Und sind dann auch alle, die sagen so darfs hier nicht sein, sind die dann auch dabei? Also ich, die Dönerladen, die sich hier halten können profitieren ja davon, dass die Leute nicht nach Altona oder nach Harburg zum Essen fahren, sondern sagen ach irgendwo hier wirds was geben. Und wenn der Laden voll ist gehe ich in den Anderen. Ich glaub da muss man ein Stückchen

weit ehrlich sein. Das ist ja so ein bisschen auch die Grundfrage. Das müssen wir uns hier im Haus nicht permanent versichern. Da gibt es, wie du sagst (an Karim), diesen Grundkonsens. Und ansonsten gibt es das sicher, dass der eine sagt oh schade der geht weg, oder wie schön der kommt. Es soll jetzt ein Bioladen kommen. Die mussten auch buckeln und haben da regelmässig zwei Jahre lang auf dem Markt gestanden und angefangen Geld zu sammeln. Jetzt haben wir die dritte Crew, die das Versucht auf die Beine zu kriegen mit Startnext. Da kann man auch sagen Startnext ist so ein modernes Verfahren, oder Crowdfunding oder so, wo sich junge Leute ne Existenz aufbauen. Fernab jeder staatlicher Lenkung und Steuerung. Das sind auch alles marktwirtschaftlich kapitalistische Systeme oder Möglichkeiten. Aber anders bekommst du nicht deine günstigen und bezahlbaren Gemüse für deine Kinder. Wie gesagt es ist immer dieser Grundwiderspruch.

#00:27:28-4# Interviewer: Ja...ähm die Kritik, die ja jetzt ein wenig abgeebbt ist...ähm soweit ich das verfolgt habe hatte das ja viel mit der IBA zu tun und dadurch, dass die jetzt nicht mehr läuft ähm, dass dadurch jetzt auch die Kritik etwas abgeebbt ist. Wie findet ihr das denn als Gruppe, dass die IBA euch quasi als so ein Vorzeigeprojekt mit in ihr Programm aufgenommen hat. Also war das irgendwie für euch von Nachteil?

#00:28:02-8# Juliane: Also ganz konkret waren das richtige Vorteile, die wir hatten.

#00:28:09-3# Interviewer: Finanziell?

#00:28:09-3# Juliane: Ja als wir als Gruppe angetreten sind waren wir am Anfang ja nur ganz wenige. Da gabs auch die IBA noch garnicht und da sind wir damals losgelaufen und haben gesagt wir haben jetzt alle Wohnungen in Stadtteilen wo Gott und die Welt hin will und die geben wir jetzt auf und da wollen wir keine Nachteile von haben. Ne schöne große Altbauwohnung mit schönen hohen Türen und mit anständigen Fußböden aufzugeben, da muss es irgendwas für geben. Und wir haben damals erstmal rausgekriegt, dass wir Flächenüberschreiter haben durften und Einkommensüberschreiter. Wir sind deswegen nicht reich, aber die Wohnungen sind eben nicht so geschnitten, dass nicht immer die Flächen hinkriegt, die man haben dürfte im öffentlichen Wohnungsbau, es lässt sich gar nicht machen. Aber die Stadt hat dem auch aktiv zugestimmt. Und wir haben auf dieser Basis, dass wir eben etwas ausserhalb dieser gesetzlichen Regelung waren, haben wir trotzdem ne Finanzierung hingekriegt und Zuschüsse. Das wäre nicht ohne die IBA gegangen. Und als dieses Projekt einfach zu teuer wurde, ähm da haben wir gesagt wir wollen auf die ökologischen Standards nicht verzichten, die Architekten hätte lieber auf die Ästhetischen nicht verzichtet, weil das für sie natürlich auch so eine Art Aushängeschild war. Und wir hätten das ohne die IBA nicht hingekriegt, das die ökologischen Qualitäten weiter finanziert wurden und die Fassade gestrichen wurden. So. Und an diesen Stellen hatten wir ein Vorteil von der IBA.

#00:29:34-8# Interviewer: Und gab es auch ähm...also da sind ja auch viele Fachleute bei der IBA involviert gewesen, die sich so mit Städtebau, Stadtentwicklung auskennen, gab es da auch einen Austausch zwischen Baugemeinschaft und IBA, also dass man sich da auch mal zu solchen Themen wie Gentrifizierung besprochen hat?

#00:29:53-0# Karim: Ja das gabs insofern, dass, also wir wurden ja von der...wie heisst das? Agentur für Baugemeinschaften sozusagen betreut. Wobei das nicht wirklich inhaltlich war. Die haben uns eher formell so ein bisschen im Institutionenjungle unterstützt und auch so ein bisschen politisch, wenn sie konnten, irgendwie da so ein bisschen druck gemacht. Oder uns zumindest gesagt mit wem usw.. Aber insgesamt... war das schon so, dass wir da ein Vorteil draus hatten mit denen zu Reden. Und die Diskussionen war eigentlich nur als wir danach...also es gab da so einen Entwurf von Architekten, den ein Großteil unserer Gruppe wirklich furchtbar fand. Und dann gabs da, da hat man noch mal extra Gelder bereitgestellt, wo wir dann mit ner Architekten diesen Entwurf damals umgeändert haben auf unsere Bedürfnisse. Und da gab es dann auch inhaltliche Diskussionen. Also auch viele. Aber die waren eher nicht auf nem höheren Level irgendwie, waren eher uns unterstützend, damit wir mit dem Entwurf irgendwann Leben konnten. Aber sonst gab es das nicht wirklich.

#00:31:09-5# Juliane: Naja die IBA hat uns eigentlich...ähm, also funktionalisiert ist sicher zu hoch gegriffen. Aber wir sind bei jeder dieser Veranstaltungen sind wir angefragt worden, ob wir aufs Podium gehen, ob wir irgendwas machen. Und wir haben das auch schon immer gemacht, weil das zum Teil auch interessante Themen waren, aber letztendlich hatte ich auch schon den Eindruck, es war auch gut so. Einfache Bürger vorzuzeigen und eben keine Architekten und Stadtplaner, die auch irgendwie was sagen können zu bestimmten Themen. So das meine ich mit funktionalisiert. Und ähm...da hatten sie dann schon immer sehr klare Vorstellungen. Also wir rufen jetzt mal an und fragen mal ob das nicht Frau soundso machen kann, oder Herr soundso. Wir kennen sie doch schon, sie kriegen das doch hin. Und da musste man immer gucken wie Verhält man sich dazu. Will man das oder nicht? Aber so Beratung in dem Sinne hat es eigentlich...oder auch so, dass weitere Themen oder dass sie gesagt haben sie können für uns Fotos drucken oder sowas, das gab es dann erst hinterher, als es dann auch einen Wechsel der Betreuerin gab. Also die IBA hat sich im Laufe der Zeit ja auch verändert. (...)

#00:32:48-7# Karim: Aber es war schon, um das noch mal klar zu sagen ne Bewusste Entscheidung, dass das ein IBA Projekt ist. Die Entscheidung gab es irgendwann mal ganz klar mit den vielen Vorteilen und eben auch mit den Nachteilen. Das das irgendwie klar ist, dass das Thema Gentrifikation ein Thema bleiben wird und dass wir uns damit auseinandersetzen müssen. Also das war von Anfang an klar, aber das war ne Bewusste Entscheidung zu sagen die Vorteile, die es da gibt, die wiegen das auf und wir stellen uns dem auch.

#00:33:15-9# Juliane: 250 000 Euro ne.

#00:33:15-9# Karim: Ja.

#00:33:18-7# Juliane: Mal ganz platt gesagt.

#00:33:18-7# Karim: Genau. Und wir stellen uns dem auch gerne. Also das war jetzt garnicht so, dass das immer nur war, dass man mogelt sich durch. Sondern wir stellen uns ja auch dem Stadtteil. Das wurde hier

geöffnet, wir machen das.

#00:33:33-1# Juliane: Und schon, auch wenn wir die IBA nicht gehabt hätten, wir hätten vielleicht nicht so im Fokus gestanden, aber all diese Fragen, die du ja auch mit Gentrifizierung hast, wo tust du deine Kinder zur Schule, wer sind die Nachbarkinder, was wir hier jetzt z.B. an Auseinandersetzung haben, dass sich die Kinder zum Teil nicht mehr nach draussen trauen, weil da so ein par Jungs aus der Nachbarschaft den Laden hier aufmischen. Das sind ja immer so Themen, wo du merkst da prallen auch Lebenswelten aufeinander, die man vorher schön sauberlich getrennt hatte. Und die sind auf einmal nicht mehr zu trennen. Das hätte uns ja trotzdem begleitet. Oder hier in der Fährstraße, wo dieser Waldorfschulen Versuch eingerichtet wird. Da war ja auch irgendwie klar, da sind Leute, also jetzt nicht aus dem Wohnprojekt, aber aus dem Umfeld sind da drin mit ihren Kindern. Und spätestens da hat man Thema. Von denen die sagen, dass ist gar nicht richtig Waldorf, was ihr da macht oder von denen die sagen das passt überhaupt nicht in den Stadtteil hier hin. Wollt ihr jetzt irgendwie die Flüchtlingskinder und Türken mit Eurythmie beglücken? Und was ist denn das überhaupt für ein faschistisches System und so. Das zieht sich ja durch. Oder die Frage, wenn ich jetzt, also grade am Anfang, wo es ja den Supermarkt noch nicht gab, wo kaufe ich eigentlich ein, wenn ich nicht nur bei Aldi und bei Lidl einkaufen will? Und will ich überhaupt nen Bioladen hinhaben? Weil ich weiß, dass es eben dann ganz viele Leute geben wird die nicht da einkaufen können. Also irgendwie hat das was mit dem täglichen Leben und Sein zu tun und nicht nur, was man veröffentlicht und schreibt.

#00:35:13-4# Interviewer: Ja...gut. Ähm eine Frage habe ich noch. Wie ist denn die Kritik ganz konkret an euch herangetreten? Du sagtest z.B. eben, es gab Schmierereien an der Wand. Also was gab es da überhaupt für Formen der Kritik mit denen ihr konfrontiert wurdet?

#00:35:36-5# Karim: Also wir wurden nie direkt damit konfrontiert. Das ist genau das was so blöd ist. Wir wissen das vom Infoladen, dass es da Kritik gab aber die ist auch nie in nem Flugblatt oder so geäußert worden, soweit ich mich erinnern kann. Es gab in irgendwelchen Artikeln gab es nen Seitenhieb, irgendwie sowas. Aber es gab sozusagen nie die Möglichkeit...wir haben uns auch mal ganz kurz überlegt, ob wir mal eine Veranstaltung dazu machen. Wo wir sagen alle sollen kommen, die uns blöd oder gut finden und dann sprechen wir mal drüber. Also platt gesagt. Da gabs ne Zeit lang mal so Überlegungen.

#00:36:20-3# Juliane: Ja ich denk ja immer wir sind ja..das hört sich jetzt blöd an, aber wir sind im Auftreten ja erstmal nett. Wir sind ja nicht missionarisch, wir sagen nicht man muss so leben wie wir. Wir haben ja erstmal unser Ding gemacht und wir sind ja an vielen Stellen aktiv. Das heisst viele Leute aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen kennen uns so wie wir sie kennen. Und dann ist es glaub ich schwer zu sagen, ihr seid diejenigen, die uns hier den Stadtteil kaputt machen. Das hat...dazu gehört ja auch ein Stückchen weit Mut. Und diese Debatte führt keiner. Von daher ist das dann eher die Schmiererei an der Hauswand oder dieser Artikel und das klingt auch im Ton immer so, bei den Leuten die Gentrifizierung schreien, das die immer sagen ja euch meinen wir ja nicht, ihr seid ja die Guten. Und wir wissen ja inzwischen auch, dass ihr bei euch geförderten Wohnraum habt und Flüchtlinge unterbringt und dies und das tut. Aber die anderen sind die Bösen und das ist glaub ich so ein Spiel, dass wir nicht mitspielen. Das macht es dann irgendwie noch schwieriger. Also wir bieten keine richtige Angriffsfläche.

#00:37:27-6# Interviewer: Ähm...ich habe mir unten an der Wand, hab ich mir grad so ein bisschen die Graffitis angeguckt. Da steht dann ja auch Fuck Off und sowas, und dann steht da auch Vorurteile reflektieren. Ist das von euch?

#00:37:37-8# Juliane: Nein

#00:37:39-9# Karim: (lacht) Nee.

#00:37:42-4# Ok ich dachte, dass wäre vielleicht ne Antwort darauf gewesen.

#00:37:42-4# Karim: Nee.

#00:37:42-4# Juliane: Ach ich glaub, man muss sich ja nichts vormachen. Also auch diese Sprühereien die entstehen ja selten aus nem klaren politischen Bewusstsein heraus. Also entweder sind das Kinder und Jugendliche, die das aufgreifen, was sie hören oder es sind, also es ist hier abends immer gut beleuchtet ringsum, und das sind dann Leute, die kommen von ner Feier nach Hause und sind sternhagel und ähm so...

#00:38:11-0# Karim: Ja, nee so ist das wahrscheinlich, ja

#00:38:11-0# Juliane: Und muss man natürlich auch sagen, wir sind am Anfang der Zeit relativ viel beklaut worden. Und ähm es gab schon in der Zeit als hier gebaut wurde, gab es ernstzunehmende Hinweise, dass diese Baustelle, eben weil sie groß war regelrecht ausgeplündert wurde. Das da sehr viel Kupfer geklaut worden ist und so. Und dann sind hier Fahrräder und Werkzeuge und es gab mindestens eine Partie in dem anderen Flügel von so Menschen, die wir jenseits aller politischen Korrektheit schnell im Verdacht hatten. Dass die das waren und als die ausgezogen sind war das auch wieder vorbei. Aber es gab auch Geschichten, wo Menschen wirklich hinten auf den Parkplatz gefahren sind mit nem Bus und versucht haben Fahrräder einzuladen oder ähnliches. Und ich meine spätestens beim zweiten, dritten mal stellt sich dann natürlich raus, so reich sind wir irgendwie gar nicht. Also hier gibt es keine Luxusfahrräder, keine Luxusautos ähm wenn man hier unten ins Foyer guckt dann ist das alles ein bisschen glänzender und schicker als hier in den runtergekommenen Häusern, aber das was hier drinsteht an Kinderwagen ist jetzt nicht besser. Und das sind natürlich auch, das wirkt sich auch bei diesen Sprühereien aus. Menschen sind halt nicht widerspruchsfrei.

#00:39:40-0# Interviewer: Ja. Lasst ihr das ganz bewusst unten dran die Sachen. Oder ist das eher aus Kostengründen?

#00:39:43-0# Karim: Ja das ist ne lange Diskussion. Da gab es mal einen Plan. Dann gab es da nen Entwurf und dann gab es aber weder ne Finanzierung noch nen Konsens über den Entwurf...Das war alles so ein bisschen schwierig. Also das ist auch unterschiedlich. Mich nervt es tierisch. Manchen Leuten ist das total

egal. Völlig unterschiedlich. Irgendwann werden wir da mal was machen.

#00:40:11-9# Juliane: Es ist ausserdem ein wenig kompliziert, weil die Architekten haben das Recht an der Fassade. Das heißt für das was da gestaltet worden ist musste da ne Sondergenehmigung ran. Und wir hätten für die nächste Sache sicher auch wieder eine gekriegt, so schön finden die das nicht mit dem Geschmiere, und das geht da ja auch rum. Aber wie du sagst (zu Karim), mich persönlich stört es auch aber man gewöhnt sich ja auch an viele Sachen. Mich stört das auch, dass die Kinder da unten immer Fußball spielen und gegen die Wand gegen schießen. Aber wenn es nach mir gegangen wäre dann hätte ich geschaut, dass wir da auch Graffitis hinkriegen, aber welche die so sind, dass die meisten Sprüher die da sind, die nicht antasten. Aber ob das gelingt...und das ist auch ne Kostenfrage.

#00:41:06-5# Interviewer: Hmm...Ok. Also ich glaube ich hab so ziemlich alles abgehakt hier auf meinem Zettel, was ich so wissen wollte. Also von mir aus hab ich eigentlich nichts mehr. Wollt ihr noch irgendwas sagen?

#00:41:21-8# Juliane: Ja ich würde gerne wissen, was deine Grundthese ist. Oder wo du dich entlang bewegst bei deiner Arbeit.

#00:41:30-7# Interviewer: Also ich ähm...also darauf gekommen, mich damit näher zu beschäftigen, war jetzt eigentlich der Umstand, was ich vorhin auch schon meinte, dass die Gentrifizierungskritik in einigen Viertel immer im Raum steht, aber dass das immer an irgendwen gerichtet wird und dass ich das ganz interessant finde, dass Baugemeinschaften jetzt vermehrt dazu Stellung beziehen. Also das hat nicht nur eure Gruppe gemacht, sonder schon einige, in Berlin gibt es auch sehr viele, die damit konfrontiert wurden. Und ähm ja das fand ich eigentlich ganz spannend, dass jetzt mal die Neuen sag ich mal so in Anführungszeichen äh sich irgendwie dazu äußern, wie sie sich so im Stadtteil fühlen und was sie so zu dem ganzen Thema sagen. Und ich find das ist ne ganz gute Möglichkeit diese Perspektive mal zu erforschen. Und ich denke die Perspektive ist ja auch wichtig.

#00:42:29-9# Juliane: Ja ich mein die Stadt fördert das ja auch, weil sie sich bewusst von Baugemeinschaften was verspricht. Also das soll der Durchmischung des Stadtteils auch helfen. Das ist ein ganz klares städtepolitisches Instrument und in dem Moment, wo das so ist muss man als halbwegs politischer Mensch natürlich gucken, will ich mich da so nahtlos einfügen?

#00:42:54-3# Karim: Ja das ist von der Stadt also ganz klar...auch von der Geschichte der Hafenstraße, äh Häuserkämpfe im Viertel. Wo dann auch Häuser zur Verfügung gestellt wurden, dass man auch so Selbsthilfe machen konnte mit der Idee auch dann bringt man die Leute von der Straße runter. Dann demonstrieren sie nicht mehr so häufig, weil sie sind mit ihrem Projekt beschäftigt. Also da kann man sich drüber unterhalten, ob das jetzt so funktioniert hat oder nicht. Aber die Geschichte da dran ist auch interessant. Das das von sowas kommt, also auch aus Kämpfen und dass es dann auch ne Strategie von der Stadt gab, ne, wie kann man das jetzt aufnehmen ohne dass man das jetzt nur mit Repression, ne der linke Flügel der SPD dann auch immer und so. Was ich noch mal sagen wollte. Ich habe schon mal so

eine Diskussion mitgekriegt im Schanzenviertel. Mit ner Kneipe, Fritz Bauch. Weiß ich nicht ob du die kennst?

#00:43:51-2# Interviewer: Mhm, ja.

#00:43:51-2# Karim: Die haben wir 92 aufgemacht. Damals gabs im Schanzenviertel garnichts, da gabs den Dschungel. Es gab das Golem. Gegenüber von der Flora. Die Flora hatte kurz davor aufgemacht, also ist besetzt worden. Und es gab Eckkneipen noch. Und wir hatten am Anfang richtig, richtig Stress wegen Umstrukturierung. Weil wir diesen Laden damals gemietet habe...heute würde man sich die Finger danach lecken. Damals war die Miete 1500 Mark vielleicht. Oder 2000 Mark. Heute ist sie glaub ich bei 4500 Euro. Soviel Biere kann man fast gar nicht verkaufen. Und Fritz Bauch ist jetzt noch einer der letzten Läden sozusagen, der noch OK ist. Da treffen sich die Flora Leute. Das find ich irgendwie ne ganz interessante Geschichte. Also dass es da vorher auch gegen Widerstand gab. Das da einige gesagt haben wir wollen nicht, dass ihr hier aufmacht. Das ist Umstrukturierung. Und damals war das Schanzenviertel, da war garnichts. Kann man gar nicht mehr vorstellen in den 90er Jahren. und jetzt..

#00:45:18-7# Juliane: Meine Schwägerin hat da gewohnt. Ich weiß das schon noch. Ich glaub so eine Wurzel hat das natürlich immer mit diesen Auseinandersetzungen der alten Arbeiterbewegung der 20er Jahre zu tun. Wo sich ja eine politische Strategie abgezeichnet hat, dass man eben die Massen eben revolutionieren müssen. Und egal welche Gruppierung es dann gegeben hat in den 70ern, diese Grundidee, dass man nicht für Leute was macht, sondern mit Leuten, die hat sich ja nicht grundsätzlich durchgesetzt. Und ähm es gibt immer noch Leute, die finden das ok was für Leute zu machen und machen sich überhaupt keinen Kopf über was für Leute sie reden. Also das sie auch aus ihrem eigenen Umfeld gar nicht rauskommen. Und äh das Menschen, die jetzt meinetwegen auf dem Markt stehen und Dreads tragen und da ihr Gemüse einkaufen, dass die für die Blumenfrau bestenfalls komisch sind. Und dass die überhaupt nicht den Eindruck hat, dass die die gleichen Interessen vertritt. Weil ganz viele von diesen Menschen, die sich als Gentrifizierungsgegner sich in irgendeiner Weise positionieren es völlig ausblenden, dass sie tatsächlich für die Mehrheitsgesellschaft viel komischer sind als Leute, die hier ihre Kinder zur Schule bringen.

#00:46:45-9# Karim: Auch für viele Minderheiten hier.

#00:46:45-9# Juliane: Auch für viele Minderheiten und sie blenden auch total aus, wie privilegiert sie sind. Also auch wenn sie zeitweise über wenig Geld verfügen oder, also wir hatten hier die Nachbarn, die vegan waren und immer nur barfuss rumgelaufen sind und mit ganz wenig Geld gelebt haben, aber die hatten die Wahl mit wenig Geld zu leben. Zu sagen ich lehne die Mittel ab, die ich anders kriegen könnte. Vielleicht durch meinen Dokortitel oder so. Und viele der Menschen, die hier leben die haben garnicht die Wahl. Die stellen sich diese Frage überhaupt nicht. Und ich glaub, wenn man das nicht für sich klar hat, also will ich mich als eine Sprecherin aufdrängen für eine Gruppe, die selber überhaupt kein Problembewusstsein an dieser Stelle hat? Ich meine, wenn die Leuten die Mieten nicht mehr zahlen können und verdrängt werden ist das natürlich bitter. Das ist ja klar. Und das man dafür auch Instrumente finden muss ist ja klar. Aber es kann ja auch keine Alternative sein, also es ist nicht glaubwürdig, dass diese kleine Gruppe dann dafür

kämpft, dass dann plötzlich die Stadt alle Häuser saniert und dann können da wieder alle Leute wohnen und müssen auch nicht mehr Miete zahlen. Also da muss ich glaub ich auch auf einer anderen Ebene als auf der Stadtplanung anfangen.

#00:48:34-9# Interviewer: Die kritische linke Szene ist ja natürlich auch Teil des Aufwertungsprozesses.

#00:48:34-9# Juliane: Also wenn man sich historisch anguckt, wie sich Hamburg entwickelt hat. Ich bin in Harvestehude aufgewachsen. Und in den 50er Jahren waren da überall Trümmer und dann überall diese Häuser wo ganz viele Juden vertrieben waren und dann ganz viele NSDAP Bonzen gewohnt haben, weil es schöne große Wohnungen waren. Und die haben die dann nach dem Krieg natürlich verlassen. Und dann waren da die Engländer drin. Und die sind dann auch gegangen und dann haben sich da Studenten angesiedelt. Und das ist immer so. Wenn man sich das mal anguckt. Es kommen immer erst die Studenten, die die Hoffnung im Gepäck haben irgendwann anders leben zu können und dann kommen die Investoren hinterher. Das kann man in Hamburg seit den 50er Jahren angucken. Und dann kann man vielleicht sagen, ich will dagegen kämpfen, das kann man ja machen. Aber ob...also sicherlich nicht mit Mitteln des Städtebaus. Sondern mit anderen Methoden der Umverteilung oder mit ner eigenen Haltung zum Konsum aber nicht mit Städtebau.



### Die Baugemeinschaft Schipperort stellt sich vor

Ende März fand auf dem Grundstück zwischen Vogelhüttendeich, Dierksstraße, Schipperort und Ernst-August-Kanal eine offizielle Grundsteinlegung statt, bei der eine weitere blauweiße IBA-Stele aufgestellt wurde. Höchste Zeit also, dass wir unser Projekt dem Stadtteil vorstellen, denn bisher sind über „uns“ wohl vor allem die Informationen aus dem IBA-Projekte-Katalog bekannt – dort firmieren wir als „**Open House**“.

Über einen Zeitraum von inzwischen sieben Jahren hat sich unsere Baugemeinschaft als Gruppe von 31 Erwachsenen und 10 Kindern zusammen getan, um ein Haus auf diesem Grundstück zu errichten. Unsere Hausgemeinschaft wird 20 Wohnungen umfassen und damit nur einen Teil des Gebäudes belegen. In den anderen beiden Teilen wird unsere Wohnungsgenossenschaft Schanze 12 Wohnungen direkt vermieten und die steg (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg) baut 13 Stadthäuser. Die Kooperation mit diesen Partnern und der IBA hat es uns ermöglicht, das Grundstück zu erwerben und zu bebauen.

Nach aktueller Planung beginnt der Bau im Mai und soll Ende 2011 fertig gestellt werden. Das dreiflügelige Gebäude wird als **Passivhaus** gebaut; auf dem Dach ist eine Photovoltaikanlage in Zusammenarbeit mit **Bürger-Solarkraftwerke Rosengarten e.G.** geplant. Neben den 45 Wohnungen wird es einen Gemeinschaftsraum geben, der für Stadtteilnutzung verfügbar ist. Trotz Überbauung wird der Zugang von der Dierksstraße zum Kanal öffentlich passierbar bleiben. Weitere Details zur Planung können unserer Homepage [www.schipperort.de](http://www.schipperort.de) entnommen werden.

### **Was verstehen wir unter Baugemeinschaft?**

Wir teilen ein Grundverständnis vom Zusammenleben einer **Vielfalt unterschiedlicher Menschen** verschiedenen Hintergrundes und Alters, vom **Hereinwirken in den Stadtteil** als unserem Umfeld und vom Leben nach sozialen und ökologischen Prinzipien. Wir wollen **Verbindlichkeit** gegenüber unserem Projekt, unseren Zielen und den gemeinsamen Abmachungen leben und versuchen, hierarchische Strukturen zu vermeiden und unsere Entscheidungen **einstimmig** zu treffen.

### **Warum Wilhelmsburg?**

Der Bezug zu Wilhelmsburg ist eine weitere gemeinsame Motivation. Einige von uns leben schon länger hier, andere arbeiten hier oder wurden hier geboren, dennoch kommen wir alle irgendwie von außen. Auch durch die vielen Jahre, die wir Zeit, Arbeit und Geld in unser Projekt gesteckt haben, hat sich eine große Zuneigung zu diesem Stadtteil gebildet.

Schlagworte für unser Interesse an Wilhelmsburg sind Eigenschaften wie „bodenständig und ehrlich“, „offen und multikulturell“, „urban und dörflich“, „bezahlbar und stadtnah“, „Wasser und Natur“. Obwohl diese Begriffe auch in den Hochglanzbroschüren der Stadt verwendet werden, verbinden wir damit Werte und keine inhaltsleeren Vermarktungsargumente.

Wir sehen allerdings auch, dass Wilhelmsburg Veränderungen benötigt.

Damit diese Veränderungsprozesse gelingen können, müssen sie mit allen Betroffenen abgestimmt werden. Diese Prozesse wollen wir aktiv befördern, wir wollen Einfluss nehmen auf der Basis eines fairen Abgleichs unserer Interessen mit den Interessen „des“ Stadtteils bzw. seiner Akteure.

### ***Warum als IBA-Projekt?***

Ohne die finanzielle und politische Hilfe der IBA wäre unser Projekt an dieser Stelle und als Passivhaus nicht realisierbar gewesen. Dafür hat die IBA teils massiven Einfluss auf den Planungsprozess genommen und darf uns unter der Bezeichnung Open House als ihr Projekt führen. Somit sehen wir uns in einer Zweckpartnerschaft mit der IBA, in der beide Seiten ihre eigenen Ziele verfolgen, von denen einige übereinstimmen und in der es daher ein gegenseitiges Interesse an Unterstützung gibt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass diese Partnerschaft auch Anlass zur Kritik gibt, Risiken birgt und immer wieder hinterfragt werden muss. Wir sind uns dessen bewusst, darüber Privilegien erhalten zu haben und Wohnbedingungen durchgesetzt zu haben, die nicht allen Wilhelmsburgern zur Verfügung stehen. Dennoch glauben wir, dass die IBA auch Chancen beinhalten kann und nutzen bereits jetzt unsere Möglichkeiten, um uns aktiv einzubringen.

Unsere Gruppe hat zu diesen Fragen durchaus nicht immer eine einheitliche Meinung. Prinzipiell betonen einige eher die Sorge über zukünftige Aufwertungsprozesse, zu denen auch IBA und IGS beitragen, andere sehen das Hauptproblem eher in einer Vergangenheit von Abwertung und Benachteiligung des Stadtteils gegenüber den Interessen der Stadt und der Hafenwirtschaft.

Die folgenden Punkte sind jedoch bei allen unstrittig, deshalb engagieren sich Gruppenmitglieder in unterschiedlichen Zusammenhängen, damit:

- Mietsteigerungen unterbunden werden,
- Der Sozialwohnungsbau vorangetrieben wird - überall in Hamburg
- SAGA/GWG und Baugenossenschaften verpflichtet werden, die Sozialbindung des geförderten Wohnungsbaus beizubehalten,
- SAGA/GWG den Verkauf von ehemals gefördertem, sozialem Wohnungsbestand einstellen,
- Die Wilhelmsburger Bildungsoffensive und die Primarschulreform mit allen erdenklichen Mitteln unterstützt wird,
- Der Hamburger Senat den Anforderungen einer Umwelthauptstadt 2011 gerecht wird,
- Der öffentliche Nahverkehr vorrangig ausgebaut, und die Elbinsel endlich mit vernünftigen Fahrradwegen erschlossen wird, anstatt durch weiteren Autobahn- und Fernstraßenbau gegen Klimaziele zu verstoßen,
- Eine echte Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihrer Umwelt gewährleistet wird.